

# ARBEITER-ZEITUNG

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

## Papen diktiert — Braun kapituliert

### Die neuen Bracht-Minister ernannt — Die preußische Staatsregierung wagt nicht einmal einen Protest

Berlin, 1. November.  
In seiner Eigenschaft als Reichskommissar für das Land Preußen hat der Reichskanzler folgende Ernennungen vorgenommen:

Zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums hat er den Staatssekretär z. D. Professor Dr. Popitz ernannt;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten den Reichsminister Freiherrn von Braun;

zu seinem Stellvertreter für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung den Universitätsprofessor Dr. Kähler.

In der kabinettmäßigen Leitung der übrigen preußischen Ministerien tritt keine Veränderung ein.

Der Herr Reichspräsident hat den stellvertretenden Reichskommissar für das Land Preußen, Staatssekretär z. D. Oberbürgermeister Dr. Bracht, und den Stellvertreter des Reichskommissars für das Preußische Finanzministerium, Staatssekretär z. D. Professor Dr. Popitz für die Dauer ihrer Betrauung mit diesen Aufgaben zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich ernannt.

### Brücken zu Papen

München, 31. Oktober.

CNE. Das Vorstandsmitglied des Wirtschaftsbeirats der Bayerischen Volkspartei, Stadtrat Dr. Schmitt, hielt am Sonntag in Prien eine Rede, die sich mit den Maßnahmen der Regierung Papen befaßt. Der Redner äußerte u. a., daß mit den neuen Männern an der staatlichen Führung auch eine grundsätzlich neue Wirtschaftspolitik eingesetzt habe. Wenn das Papensche Wirtschaftsprogramm vielleicht auch noch kein endgültiges Heil-Programm sei, so könne es doch Brücken in eine bessere Zukunft schlagen. Die Papensche Wirtschaftspolitik, die auf kurze Formel „Schluß mit der lähmenden Deflation“ abgestimmt sei, brauche Vertrauen und Autorität, damit auch die Erholung in der Weltwirtschaft nicht an den deutschen Grenzen vorbeigehet. Der Hader im deutschen Volk müsse endlich aufhören. Die Wirtschaft verlange ein Zusammenkommen der Regierung von Papen und des Volkes, um die wirtschaftlichen Chancen, die in den letzten Monaten zweifellos zugenommen hätten, zu verwerten und zu vergrößern.

### Eine ganz lahme Erklärung

Berlin, 31. Oktober.

VDZ. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, nimmt man bei der Preußischen Staatsregierung zu den Ernennungen im Reich folgende Stellung ein:

„Die Ernennung von Reichsministern ist an sich Sache des Reichs. Preußen hat dabei lediglich im Rahmen des Reichsrats wegen der haushaltsmäßigen Unterlagen mitzusprechen. Die Ernennung ist nach der grundsätzlichen Auffassung der Preußischen Staatsregierung deshalb überflüssig, weil die Verwaltung preußischer Angelegenheiten durch das Reich auf Grund von Artikel 48 Absatz 2 der Reichsverfassung nach ihrer Ansicht nicht notwendig ist. Wenn sie aber für notwendig gehalten wird, kann die Beschränkung auf Preußen nicht gerechtfertigt werden. Die Bezeichnung der Kommissare als „Reichsminister“ ist immerhin zu-

treffender als die Bezeichnung als „Landesminister“ oder „Landesregierung“, die mit der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht im Einklang steht. In der Ernennung von Popitz wird man eine gewisse Abkehr der Reichsregierung von der bisherigen Verurteilung der früheren Finanzgebarung des Reiches zu erblicken haben, an der Herr Popitz, der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium bis Ende 1929, als maßgebender Fachbearbeiter mitgewirkt hat.“

### Preußen-Regierung weicht zurück

Das preußische Staatsministerium teilt mit: Die preußische Staatsregierung hat der Absicht der Regierung, den Reichsrat erst in der nächsten Woche zusammenzutreten zu lassen, widersprochen. Auf diesen Antrag ist nunmehr eine Sitzung des Ausschusses für Verfassung und Geschäftsordnung bereits auf Donnerstag, den 3. November, anberaumt worden, um die durch das dreimonatige Ruhen aller Sitzungen entstandene Geschäftslage zu besprechen und die weiteren Sitzungen vorzubereiten.

Die alte preußische Staatsregierung hat sich also damit einverstanden erklärt, daß vor den Wahlen nur die vertrauliche Sitzung des Ausschusses stattfindet und daß es für die öffentliche Sitzung des Reichsrats bei einem Termin nach den Wahlen bleibt.

### Bayerns Ministerpräsident gegen Papen

Stuttgart, 1. November.

In zwei Zentrumsversammlungen sprach hier am Montagabend der bayerische Ministerpräsident Dr. Held. Bemerkenswert ist die Schärfe, mit der sich Dr. Held gegen das Vorgehen der Reichsregierung in der preußischen Frage wandte. Er halte nach wie vor die Bestellung und die Tätigkeit des Reichskommissars in Preußen als nicht der Verfassung entsprechend. Das Vorgehen des Reiches bedeute das Ende des Rechtsstaates. Wer aber den Rechts-

standpunkt verlasse, müsse damit rechnen, daß er den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen bekomme. Die Tage seien so ernst, wie kaum jemals seit 1918. Was man wolle, sei offenbar geworden, nämlich die Verpreßung des Reiches. Die Maßnahmen in Preußen kehrten die Grundlagen der Reichsverfassung völlig um.

„Ich habe jetzt“, sagte Dr. Held, „den Glauben an das Kabinett von Papen verloren. Wenn ich meine Pflicht als bayerischer Ministerpräsident, als Anhänger verfassungsmäßigen Lebens erfüllen will, dann bin ich gezwungen, öffentlich gegen Papen aufzutreten und zum Kampf gegen seine Maßnahmen aufzufordern.“

### Einberufung des Reichsrates

Berlin, 1. November.

CNB. Wie wir erfahren, hat der Reichsminister des Innern den Reichsrat zu der üblichen Sitzung für den 10. November einberufen.

Berlin, 31. Oktober.

CNB. Wie wir von zuständiger Stelle zu der Einberufung des Reichsrats zum 10. November erfahren, liegen für den Reichsrat bisher keinerlei politische Vorlagen und Anträge vor. Der Reichsrat wird sich also zunächst mit den laufenden gewöhnlichen Arbeiten zu beschäftigen haben.

Berlin, 31. Oktober.

VDZ. Zur Vorbereitung der Wiederannahme der Reichsratsarbeiten hat der Reichsminister des Innern, wie das Nachrichtenbüro des VDZ erfährt, den Reichsratsausschuß für Verfassung und Geschäftsordnung auf Donnerstag, den 3. November, vormittags 10 Uhr, einberufen.

In dieser Sitzung, die allerdings, wie alle Ausschusssitzungen des Reichsrats, vertraulich ist, dürfte auch bereits Gelegenheit sein, die schwebenden politischen Fragen zu besprechen, insbesondere die Differenzen zwischen dem Reichskommissar und der preußischen Regierung.

## Danziger Buchdruckerstreik um 40-Stundenwoche mit Lohnausgleich

Danzig, 1. November.

WTB. Seit längerer Zeit schwebten zwischen den Buchdruckergewerkschaften und dem Danziger Zeitungsverlegerverein Verhandlungen wegen Einführung der 40-Stunden-Woche bei gleichzeitiger Beibehaltung der alten Lohnsätze. Von den Verlagen ist diese Forderung abgelehnt worden. Am Montag haben die Buchdruckergewerkschaften mit einer Mehrheit von 2 Stimmen den Beschluß gefaßt, in den Streik zu treten. Von diesem Streik sind sämtliche Danziger Zeitungen betroffen.

Es ist zu begrüßen, daß endlich eine gut organisierte Gruppe wie die Buchdrucker zum Angriff übergeht, um die längst in unzähligen Papier-Resolutionen der Gewerkschaften geforderte 40-Stunden-Woche in die Tat umzusetzen. Es ist nur selbstverständlich, daß die Buchdrucker dabei den vollen Lohnausgleich fordern.

### Streik beim Staubeckenbau Sersno

Vor zehn Tagen hatte die Belegschaft beim Staubeckenbau Sersno bei Gleiwitz durch

kurzen Streik von der Bauleitung die Zusage erzwungen: 1. Die Maßregelung eines Kollegen zurückzunehmen, 2. regelmäßige achtstündige Arbeitszeit einzuhalten, 3. Verbot aller Schikanen durch das Aufsichtspersonal, 4. die Streikstunden zu bezahlen.

Aus Rache über ihre Niederlage hat nun die Bauleitung eigenmächtig die Arbeitszeiteinteilung geändert, indem sie in die bisher geschlossene Arbeitszeit von acht Stunden eine Pause von einer Stunde dazwischenschob. Das ließen sich die Arbeiter aus begrifflichen Gründen nicht gefallen. Deshalb — also nicht, weil die Arbeiter die Arbeitszeit selbst änderten — brach der Konflikt aus, der hoffentlich bald mit einem neuen Sieg der Arbeiter endigt.

### Für proletarische Klasse 1-kämpfer kommt

## nur Liste 18 in Frage

## Mahnruf an die deutschen Arbeiter

Von Georg Ledebour

Der deutschen Arbeiterschaft drängt sich die Entscheidung auf: entweder völlige politische Verklammerung und Ausbeutung bis zum Weißbluten oder Zusammenschluß zum antifaschistischen Kampf bis zur Verwirklichung des Sozialismus. Die kapitalistische Weltwirtschaft ist in ihre durch den Weltkrieg beschleunigte Endperiode der Selbstzerstörung hineingeraten. Die ständige Vervollkommnung der Produktionstechnik hat einen klaffenden Widerspruch erzeugt zwischen höchst gesteigerter Massenproduktion und deren Konsummöglichkeit durch die ausgebeuteten Volksmassen. Das natürliche Ergebnis sind Absatzstockungen, Produktionseinschränkungen, vermehrte Arbeitslosigkeit. Diese Verfallserscheinungen zeigen alle kapitalistischen Länder. Frei davon ist infolge seiner sozialistisch geregelten Produktionsweise Sowjetrußland. In Deutschland verschlimmert sich die Wirtschaftskrise noch dadurch, daß dessen Machthaber diese Erkrankung des Kapitalismus heilen wollen, indem sie die kapitalistischen Bankrotteure subventionieren mit den Steuergroschen der arbeitenden Volksmassen und deren Auflehnung dagegen niederzuhalten suchen vermittelst Polizei, Gerichte und Militär. Die Kapitalisten sind ihren Regierungsbeauftragten dabei zu Hilfe gekommen durch Anwerbung einer als NSDAP gefärbten Bürgerkriegsarmee.

Die kapitalistischen Interessentengruppen sind sich untereinander zwar noch nicht völlig einig über die Methoden ihrer reaktionären Gewaltpolitik und über die Beuteverteilung nach dem Sieg. Es streifen sich noch die Krautjunker mit den Schlotjüngern, die Papen-Barone mit den Hitler-Demagogen. Aber einig sind sie sich im Endziel: Zerschmetterung der Arbeiter-Organisationen und dann Ausbeutung der politisch entrechteten Volksmassen bis an die Hungergrenze.

Grundverkehrt wäre es deshalb, wollte die Arbeiterschaft im Vertrauen auf Meinungsverschiedenheiten ihrer Unterdrücker die Hände in den Schoß legen oder gar hoffen, durch Verbrüderung mit der einen Faschistengruppe gegen die anderen die Gefahr überwinden zu können. Nur aus eigener Kraft, nur mit ihren eigenen Machtmitteln kann eine ausgebeutete Klasse ihre Unterdrücker überwinden und dann das Gemeinwesen wirtschaftlich und politisch neugestalten.

Hätten wir eine einige, zielklare Organisation des klassenbewußten Proletariats in Deutschland, so wären wir gar nicht in den heutigen Sumpf hineingeraten. Aber leider ist die sozialistische Bewegung in Deutschland gespalten, seitdem bei Ausbruch des Weltkrieges die Mehrheit in die Gefolgschaft der imperialistischen Kriegspatrioten hinüberschwenkte. Die verfeindeten Genossen sind noch immer untereinander in erbitterter Fehde verstrickt. Das Gebot der Stunde ist deshalb für uns alle: Bildet eine tatgewillte sozialistische Kampfgemeinschaft!

In Worten sind zwar alle proletarischen Richtungen dazu bereit. Tatsächlich jedoch handeln gerade die beiden größten Parteien diesen Wortbekenntnissen zuwider. Die Sozialdemokratische Partei kann sich trotz bitterster Erfahrungen noch immer nicht freimachen von der Illusion einer Rettung vor dem Untergang durch Verbrüderung mit kapitalistischen Parteien. Haben doch ihre Vertreter erst jetzt wieder vor dem Staatsgerichtshof ihre Gegnerschaft gegen die Kommunisten betont und ausdrücklich abgestrichen, daß die SPD eine Einheitsfront mit der KPD plane.

Die Kommunistische Partei führt zwar die Einheitsfront beständig im Munde; sie versteht darunter aber nicht etwa ein Kampfbündnis mit anderen Organisationen des klassenbewußten Proletariats, sondern verlangt deren widerspruchslöse Unterordnung unter kommunistische Parolen. Die Verbrüderung mit den sozialdemokratischen Arbeitern erschwert sie sich obendrein noch dadurch, daß

sie deren Partei als „Sozialfaschisten“ verunglimpf.

SPD wie KPD entfremden sich außerdem den marxistischen Gedankenengängen, indem sie in nationalistische Schlagworte entgleisen. Sie hoffen, dadurch die für imperialistischen Völkerkriege auf den vom organisierten Proletariat für den Sozialismus zurückgewonnen zu kommen, stärken durch eine solche verheißene Taktik aber nur die Position unserer gemeinsamen Gegner.

Diese verhandlungslosen Bruchereien von SPD und KPD machen es notwendig, daß eine Organisation ins Leben trat, die sich die Verbrüderung aller politischen und wirtschaftlichen Körperschaften des Klassenbewußten Proletariats in Deutschland zur Hauptaufgabe macht. Diese zielklare Vorhut des Einheitsheeres des deutschen Proletariats ist die Sozialistische Arbeiterpartei.

Überall durch die bis zu Gewalthaten gesteigerte Feindschaft der Faschisten, überall auch durch Befehlungen der SPD und der KPD, die in uns nicht die unentbehrlichen Mitkämpfer, sondern nur Konkurrenten innerhalb der Arbeiterbewegung erblicken, gehen wir unseren getraditionellen Weg auch jetzt in der Reichstagswahl. Den deutschen Arbeitern rufen wir zu:

Wählt und werbt mit uns für die proletarische Kampfgemeinschaft zur Überwindung des kapitalistischen Faschismus und zur endgültigen Durchföhrung des Sozialismus auch in Deutschland!

Stimmt für Liste 18.

## Der FAD

### für weibliche Arbeitslose

Berlin, 31. Oktober.

CNB. Die beim Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst Dr. Syrup geföhrten Verhandlungen mit Vertretern der Wohlfahrts-Organisationen über die Kodifizierung der Einbeziehung erwerbsloser Mädchen und Frauen in den freiwilligen Arbeitsdienst sind zum Abschluß gelangt. In absehbarer Zeit, voraussichtlich in einer Woche, kann man mit der Verkündung des Entwurfs im Wege einer Rundverfügung an die maßgebenden Behörden rechnen. Hervorgehoben sei, daß die geplante Ausdehnung der Beteiligung erwerbsloser Mädchen am freiwilligen Arbeitsdienst keine neue finanzielle Belastung zur Folge haben soll.

Dies ist ein weiterer Schritt zur Durchführung des Planes, die männliche und weibliche Arbeiterschaft ganz Deutschlands unter die Arbeitsdienstpflicht zu bringen und ihre Löhne auf die der Kulis herabzudrücken. Tagesarbeit für wenige Groschen, das ist nämlich der einzige Zweck des Arbeitsdienstes.

# Um die Zusatzstimmen

Berlin, 31. Oktober.

CNB. In der öffentlichen Diskussion über die Rede des Reichsinnenministers Freiherr von Geyl auf dem Festbankett des Vereins Berliner Presse spielte eine besondere Rolle die Frage der Zusatzstimmen, die der Minister als einen Bestandteil der kommenden Wahlrechtsreform angedeutet hat. Von zuständiger Stelle wird darauf hingewiesen, daß bei den Zusatzstimmen für Familien in keiner Weise etwa eine Entrechtung der Arbeitslosen gedacht ist. Die Zusatzstimmen würden auch Familienoberhäuptern zustehen, die infolge der Arbeitslosigkeit Unterstützungsempfänger sind. Die Regelung der Frage der Zusatzstimme für Kriegsteilnehmer soll im einzelnen noch erfolgen. Man hat in den zuständigen Ressorts nicht die Absicht, kleinliche Regreßbestimmungen zu treffen. Familienväter, die Kriegsteilnehmer waren, würden 2 Zusatzstimmen bekommen.

Diese Zusatzstimmen für Familienoberhäupter und Kriegsteilnehmer könnten verhältnismäßig harmlos erscheinen, weil sie keinen ausgesprochenen Klassencharakter tragen. Die politische Bedeutung dieser Pläne sehen wir indessen darin, daß hier, an der Stelle des geringsten Widerstandes, das gleiche Wahlrecht den ersten Stoß erfahren soll. Der nächste Schritt wäre wahrscheinlich eine Zusatzstimme für alle diejenigen, die ein bestimmtes Alter überschritten haben, und für die Besitzer bestimmter Bildungszeugnisse. Das würde bereits ganz eindeutig den besitzenden Kreisen zugute kommen. Und dann würde man sicher nicht mehr zögern, auch für bestimmte Besitzgruppen Zusatzstimmen einzuföhren.

Gerade bei diesen Fragen gilt es, den Anfängen zu wehren! Der politisch geschulte Teil der Arbeiterklasse ist sich gewiß darüber klar, daß es ein wirklich gleiches Wahlrecht im kapitalistischen Klassenstaat nicht geben kann und daß politische Demokratie nur von sehr begrenztem Wert ist. Aber wir wissen auch, daß diese Streitfragen Ansatzpunkte unseres Kampfes sein können — eines Kampfes, der allerdings nur mit dem Stimmzettel beginnt, aber, wenn er erfolgreich sein soll, in außerparlamentarischen Aktionen der ganzen Klasse weitergeföhrt werden muß.

Schon heute ist sichtbar, daß alle bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, bereit sein werden, diesen Weg der Durchlöcherung des gleichen Wahlrechts mitzugehen. Auch bei der SPD ist Kompromißbereitschaft zu erwarten, und im äußersten Falle wird sie sich auch in dieser Frage auf die Anwendung parlamenta-

# Groener für Miliz und Wehrpflicht

New York, 31. Oktober.

CNB. In einer Unterredung mit dem Chefkorrespondenten der „Associated Press“ gab Reichswehrminister a. D. Dr. Groener der Ansicht Ausdruck, daß Herrriots sogenannte Milizvorschlag eine ganz neue Situation in der internationalen Abrüstungsdiskussion geschaffen habe — eine Situation, deren sich Deutschland und die anderen Nationen bemächtigen sollten, um aus der Sackgasse, in der sich die Abrüstungsdiskussion befindet, herauszukommen.

Reichsminister a. D. Groener führte u. a. aus: Solange man ein Abrüstungssystem auf Waffenkategorien und Terminologie bauen will, ist man auf dem Holzwege. Etwas Neues oder grundsätzlich Anderes müßte gefunden werden. Vielleicht hat Herrriots Idee, er auf die Idee, die Emanuel Kant bereits 1795 in seinem Werk über die Ewigigen Frieden entwickelt hat, zurückgegriffen, dieses grundsätzlich Neue für die Gunst Beratungen geschaffen. Ich habe mich der Frage der Miliz viel gewidmet und bin ein Anhänger der Miliz. Während viele Militärs die schweizerische Miliz über die Achsel ansehen, halte ich diese für ein brauchbares Instrument der Defensive. Herrriots Vorschlag kann jedoch nur dann als praktisch erachtet werden, wenn er zwei Voraussetzungen erfüllt: 1. Keine Ausnahme darf für irgendwelchen Staat gemacht werden; 2. die Wehrpflicht muß eine allgemeine sein in jedem Land.

Wenn ich also mich für die Miliz einsetze, so bin ich mir andererseits der Nachteile dieses Systems voll bewußt, und ich bin auch nicht so töricht zu glauben, daß durch seine allgemeine Einführung der Frieden absolut gewährleistet werden kann. Schließlich ist ja der Landkrieg heute längst nicht so entscheidend, wie er selbst zu Beginn des Weltkrieges war.

Der Luftkrieg wird der entscheidende Krieg der Zukunft sein

und da sehe ich, offen gestanden, noch nicht, auf welcher Basis man sich verständigen kann.

Auf die Frage, was er mit den Nachteilen des Milizsystems meine, erwiderte der General: Es ist nicht leicht, das Milizsystem den geographischen Verhältnissen der verschiedenen Länder anzupassen. Das Milizsystem ist am besten in einem Lande wie die Schweiz angepaßt, dessen Gebirge einen natürlichen Defensiv-Wall bilden. Man muß sich übrigens immer vor Augen halten, daß die Miliz die Verfassung der Defensive ist und sich nicht zur Offensive eignet. Frankreich könnte leicht das Milizsystem einföhren, dann nicht nur hat es den natürlichen Schutz von Maacon und Gebirgen, sondern es

für die Liste 18.

hat auch die Lücke, welche die Natur zwischen Straßburg und Luxemburg gelassen hat, durch einen Gürtel von Festungen geschlossen. Es ist selbstverständlich, daß es Deutschland, das keinen solchen günstigen natürlichen Grenzschutz besitzt, erlaubt sein müßte, Defensivfestungen da zu errichten, wo diese notwendig sind.

Das Milizsystem kann nach Ansicht Groeners nicht quasi über Nacht eingeföhrt werden, sondern muß in Etappen verwirklicht werden. Was Herrriots Idee einer internationalen Militärkontrolle anbetrifft, so wies Groener darauf hin, daß Deutschlands Erfahrung mit der Internationalen Kontrollkommission nicht glücklich war, da diese zu einer „Schlichtungskommission“ wurde, die sich auf die obersten Elemente, nämlich Landesverträter, für ihre Informationen stützen mußte.

Wenn jedoch, so schloß der frühere Reichswehrminister, die internationale Kommission so zusammengesetzt ist, daß die Delegierten der verschiedenen Länder offen in etwa derselben Weise ihre Ansichten darlegen, wie es die Präsidenten der Zentralbanken in Basel tun, so könnte ich mir denken, daß viel Gutes aus einer solchen Einrichtung entstehen könnte.

## Deutschland bleibt bockbeinig

Berlin, 31. Oktober.

CNB. Zu dem am 1. November ablaufenden Abkommen über einen einjährigen Rüstungsstillstand, das von der Völkerversammlung im vergangenen Jahr abgeschlossen wurde, erfahren wir von zuständiger Seite, daß die deutsche Regierung die kürzlich erhaltene Umfrage des Generalsekretärs des Völkerbundes, ob die beteiligten Regierungen mit einer Verlängerung dieses Abkommens um weitere vier Monate einverstanden seien, nicht beantwortet hat und auch nicht beantworten wird, bevor die Frage der deutschen Gleichberechtigung geklärt ist.

Maßgebend für die Haltung Deutschlands ist die Tatsache, daß, nachdem dieses im vergangenen Jahre von der Völkerversammlung beschlossene Abkommen in den Zuständigkeitsbereich der Abrüstungskonferenz übergegangen ist, Deutschland mit einer Antwort zu Maßnahmen der Abrüstungskonferenz Stellung nehmen würde. Das will aber Deutschland nicht, solange die Frage der Gleichberechtigung nicht geklärt ist.

## Kumpeltd

Waldenburg, 31. Oktober.

Im Betriebe der Glückhül-Friedenshoffnung-Grube verunglückte bei der Arbeit unter Tage der Lehrhauer Ernst Knoblich aus Fellhammer. Er wurde verschüttet und starb bald nach seiner Bergung. K. ist 25 Jahre alt und verheiratet.

## Streikabbruch in den BMW

München, 31. Oktober.

CNB. In einer heute vom Deutschen Metallarbeiterverband einberufenen Betriebsversammlung der Werkangehörigen der Bayerischen Motorenwerke wurde nach längerer Aussprache beschlossen, den Streik sofort abzubrechen und die Arbeit wieder aufzunehmen.

# Klassenjustiz in Hinterpommern

## Und eine erfolgreiche überparteiliche Massenkundgebung

### Straße frei!

Unter diesem Titel hatte der „Sozialist“, die Ortszeitung der Kösliner SAP-Ortsgruppe, zum 1. Mai ein Gedicht von Oskar Knehl veröffentlicht. Das war nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft „Aufreizung zur Gewalt gegen Personen und Sachen“. Für den einfachen Proleten, der durchaus auch sehr gut deutsch verstehen kann, waren in diesem Gedicht die Arbeiter aufgefordert, für ihre Befreiung zu kämpfen und auch für die Befreiung der proletarischen Gefangenen. Unterstrichen wurden diese Forderungen durch die Mahnung an die herrschende Klasse, daß sich die Geduld der Proleten einmal ein Ende haben könnte! Das darf man aber im modernen Deutschland nicht, die Justiz sorgt dafür, daß solche vorlauten Stimmen für einige Zeit sicher und fest hinter den Gefängnismauern verwahrt werden. Der für den „Sozialisten“ verantwortliche zeichnende Genosse Rohmann wurde für die Veröffentlichung dieses Gedichts zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

### Ein Schandurteil in Köslin

Wie die „SAZ“ schon berichtete, wurden in der letzten Woche in einem Landfriedensbruchprozeß drei Belgarder Arbeiter zu je 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Was hatten diese Arbeiter getan? Einer hat sich gegen provozierende angreifende Nazis gewehrt, der andere kam

seinem bedrängten Bruder zu Hilfe und der Dritte? Nun, es mag noch so unglaublich scheinen, er hatte beruhigend auf die sich dabei ansammelnde Menschenmenge eingewirkt. Das wurde von den Polizisten bestätigt! Aber etwas anderes soll sich zugegetragen haben: die Polizei nahm bei dem Vorfall die beteiligten Nationalsozialisten fest und wollte sie zur Wache bringen. Sie forderte einige Umstehende auf, mit zur Wache als Zeugen zu kommen. Einer der Nationalsozialisten riß sich los und wollte flüchten. Er wurde von dem dritten Verurteilten festgehalten und der Arbeiter soll nach Aussage der Nationalsozialisten dabei geschlagen haben. Die Kronzeugen der Staatsanwaltschaft sind zwei ganz gefährliche Burschen, die sich bei gegnerischen Wahlversammlungen schon immer rüpelhaft benahmen. Auf Grund dieser Aussagen zweier Kösliner Sturmtruppföhler Globert und Thomas müssen nun drei junge Leute 10 kostbare Jahre hinter Kerkermauern für eine Lappalie auf Grund der Zuchthausnotverordnung schmachten! Dieses Urteil hatte weit über Köslin und Belgard hinaus eine ungeheure Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. Am letzten Freitag nun fand im großen Volkshaussaale eine gemeinsame, von 1200 Personen besuchte Protestkundgebung der Eisernen Front und des Aktionsausschusses (SAP, KPD, ADGB, Sportler) statt, die von der Polizei wegen Überfüllung polizeilich geschlossen wurde und in der dieses Schandurteil seine gebührende Kennzeichnung fand. Der SPD-Redner, Gen. Wischmann,

# Politischer Kampf strafbar!

Berlin, 31. Oktober.

CNB. In Verfolg der Voruntersuchung wegen Vorbereitung zum Hochverrat war — wie bereits gemeldet — auf Anweisung des Untersuchungsrichters des Reichsgerichts die Rotationsmaschine in der City-Druckerei am 19. Oktober beschlagnahmt worden, weil mit ihr Druckschriften hochverräterischen Inhalts nachweislich hergestellt worden waren.

Nachdem sich nunmehr der Vorstand der Druckerei schriftlich verpflichtet hat, von seinem Auftraggeber die Anwendung aller Sorgfalt zu verlangen, daß Druckaufträge keinen strafbaren Inhalt enthalten, hat der Untersuchungsrichter die Benutzung der Rotationsmaschine unter dieser Bedingung und unter dem Vorbehalt widerprüflich gestattet, daß jederzeit eine Kontrolle darüber behördlicherseits stattfindet, daß keine Druckerzeugnisse strafbaren Inhalts hergestellt werden.

Unter Druckerzeugnisse strafbaren Inhalts fallen auch Erzeugnisse, die zum politischen Massenstreik, zum Sturz der Regierung, zur Aenderung der Verfassung und zum revolutionären Ausweg aus der Krise auffordern.

Die Beschlagnahme bleibt aufrecht erhalten.

Diese Auslegung des Begriffes „strafbarer Inhalt“ ist geradezu ungeheuerlich, denn sie bedeutet, daß jeder konsequente proletarische Kampfgedanke in irgend einer Druckschrift als „strafbarer Inhalt“ gilt. Die Arbeiterschaft weiß nun, was die Stunde geschlagen hat! Wann erwartet endlich die proletarische Massenohndarität im Kampf gegen den Raub der letzten politischen Kampfmöglichkeiten?

## Viehischer Nazimord

Duisburg, 31. Oktober.

(Eigener Bericht)

In Hülsdonk bei Mörs verübten nationalsozialistische Mordhunden eine furchtbare Mordtat. Unter der Föhrung des berüchtigten Naziföhlers Krause marschierten die Nazis an einem Arbeitsdienstage vorbei und provozierten die Arbeiter mit dem Rufe „Heil Hitler“. Die Arbeiter antworteten ihrerseits mit „Heil Moskau“. Daraufhin gingen die Nazis tödlich vor und bedrängten die beiden Brüder Johann und Heinrich Ig. Sie schlugen mit Spaten und dicken Knütteln auf die Arbeiter ein. Den arg Bedrängten eilten daraufhin ihre Brüder Josef und Thomas Ig zur Hilfe.

Thomas Ig erhielt mit einem Spaten einen Schlag über den Kopf, der ihm die Schädeldecke zertrümmerte. Als er bereits verwundet am Boden lag und die hinzukommende Mutter den Versuch machte, ihn aufzuheben, trat einer dieser verrohten Burschen hinzu und versetzte dem schwerverwundeten Ig mit einem Knüttel einen weiteren Schlag auf den Hinterkopf. Ig ist nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen. Er gehörte bis vor kurzem der SPD an.

## Kleine Nachrichten

Genf, 31. Oktober.

WTB. Vom Völkerverbandssekretariat wird offiziell mitgeteilt, daß der Generalsekretär Sir Erich Drummond zum Staatssekretär z. D. Trendelenburg zum Untergeneralsekretär im Völkerverbandssekretariat ernannt hat. Die Ernennung ist unter dem üblichen Vorbehalt der Zustimmung des Völkerverbandsrates, die in diesem Fall lediglich eine Formsache ist, erfolgt.

geißelte in treffenden Worten die Schwere dieses Urteils. „Wer über dieses Urteil empört ist, dem sprechen wir jede Menschenwürde ab“, war der Grundton seiner Ausführungen. Der Genosse Kraus von der KPD wurde etwas deutlicher, ohne aber verletzend zu werden. Die ersten Sondergerichte gab es ja wohl schon 1919 und 1920 und damals war Papen noch nicht Reichskanzler und Preußenkommissar. Er verfiß auch nicht im Gegensatz zu dem Vorredner aufzuzeigen, wie in Zukunft solche Schandurteile unmöglich gemacht werden: Durch gemeinsame Aktionen bis zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft. Der größere Beifall stand ihm durchaus zu.

Auch diese Kundgebung hat bewiesen, daß man sehr gut die politischen Meinungsverschiedenheiten in gemeinsamen Versammlungen in kameradschaftlicher Form austragen kann, wenn bei allen Parteien der gute Wille vorhanden ist. Auch diese Kundgebung kann als ein Erfolg der Kösliner SAP gewertet werden, da nur durch sie es möglich geworden ist, eine derartige Zusammenarbeit zustandezubringen.

## Schnee im Riesengebirge

Am Sonntag und in der Nacht zum Montag sind im Riesengebirge größere Schneefälle eingetreten. Auf dem Komms des Gebirges liegen jetzt etwa zwanzig Zentimeter Schnee.

Schmutzige Verleumder  
Eine Antwort auf Nazilügen

In der Sonnabend/Sonntagnummer der „Nationalsozialistischen Schlesienschen Tageszeitung“ finden wir unter der Überschrift „Der proletarische Verteidiger, der Jude Eckstein, fordert 120 Mark von einem Arbeitslosen“ folgenden Absatz eines Prozeßberichtes:

„Auf die Frage des Vorsitzenden an den Anwalt Pichote, ob Dr. Eckstein nicht känn... klärte der Angeklagte wörtlich: Dr. Eckstein forderte von mir Arbeitslosen 120 Mark für die Verteidigung, das ich aber nicht bezahlen kann. Also muß ich mich selbst verteidigen.“

Wir haben den Genossen Eckstein gebeten, diese schmutzige Verleumdung richtigzustellen. Genosse Eckstein schreibt uns:

„An die Redaktion der SAZ, Breslau. Mir ist an sich gleichgültig, was ein Blatt wie die „Schlesiensche Tageszeitung“ über mich schreibt. Auf Euren Wunsch stelle ich aber folgendes fest:

Herr Fritz Pichote hat mich am 20. August 1932 gebeten, ihn im Untersuchungsgefängnis zu besuchen. Ich habe darauf, ohne einen Pfennig von ihm bekommen zu haben, seine Haftentlassung innerhalb drei Tagen bewirkt. Er hatte mir selbst angeboten, sofort 30 Mk. Gehührenschaft an mich zahlen zu lassen. Er hat mir weder diese 30 Mk. gezahlt, noch sich sonst um seine Sache, nachdem er einmal aus der Haft entlassen war, überhaupt gekümmert. Vier Briefe von mir sind unbeantwortet geblieben, so daß ich allerdings für ihn nicht mehr auftreten konnte.

Im übrigen habe ich dann von ihm für meine Tätigkeit nicht 120 Mk., sondern, wie die Akten erweisen, 22,68 Mk. verlangt. Bekommen habe ich bis heute überhaupt kein Geld. Kampfbereit!“

Wie die SPD „kämpft“

Vor dem Arbeitsgericht klagte gestern unser Genosse Fuhrmann, der am 30. September von der „Volkswacht“, die ihn ab 1. Januar d. J. als Handsetzer und Korrektor beschäftigt hatte, entlassen worden war. Genosse Fuhrmann war in seiner Eigenschaft als SAP-Mitglied schon mehrmals im Betrieb behelligt worden. Eine erstmalige Kündigung wurde auf Einspruch des Betriebsrates hin rückgängig gemacht. Als er jedoch im September dieses Jahres von einer schwedischen Vertretung der Gauvorsitzendenstelle im Buchdruckerverband, für die er von der „Volkswacht“ ausdrücklich beurlaubt worden war, zurückkehrte, erfolgte die endgültige Kündigung und Entlassung mit der Begründung, daß der Betrieb eingeschränkt werden müsse. Eine freigewordene Korrektorstelle, auf die Fuhrmann Anspruch gehabt hätte, wurde mit einem Handsetzer besetzt. Der „Sapler“ flog auf die Straße.

Das Gericht wies die Klage mit der Begründung ab, daß Genosse Fuhrmann erst dreiviertel Jahre, der Handsetzer dagegen schon vier Jahre im Betrieb beschäftigt gewesen sei, und man diesen daher nicht hätte entlassen können. Das hat auch der Kläger nicht gewollt. Aber wir wissen, daß Entlassungen schon seit langem eines der „sauberen“ Kampfmittel der SPD gegen unsere Genossen ist. Sie hat die schlimmsten Ausbeutungsmethoden von der Zeit ihrer Koalitionspolitik gut gelernt. Man bekämpft den revolutionären Sozialisten, indem man ihn brotlos macht.

Ihr Sauherdenton

Strehlen, 29. Oktober. Große Aufregung in der „Volkstanz“ ob unseres Berichtes „Querschnitt von Strehlen“ hat „August den Sanftmütigen“ schwer in Wolle gebracht, sodaß er mit unflätigen Beschimpfungen und dicken Schwindeln über uns herzieht. Um ihm so zu erwidern, wie es ihm gebührt, fehlt es uns an der nötigen Gemeinheit. Wir möchten der „Brieger Volkszeitung“ heute aber lediglich sagen, daß wir stets bereit sind, mit jedem ehrlichen Arbeitervertreter in sachlicher Form mündlich oder schriftlich zu diskutieren, aber auf den Sauherdenton von August Linke einzugehen, lehnen wir ab.

100 Mark  
für einen Gummiknüppel-  
Oberfall auf dem Abort

Nazi finden wieder einmal milde Richter

Es ist schon etwas lange her, Frühlingsanfang war es, und wer es genau wissen will, am 24. April dieses Jahres, da hatten die braunen Jünger in Schmiedefeld eine öffentliche Versammlung gemacht.

Und da war der parteilose Arbeiter Sausner, der war aus purem Wissensdrang, nur, weil er sich für die Politik interessierte, in diese Versammlung gegangen. Außer Phrasen hat er zwar dort nicht viel Wesentliches zu hören bekommen. Aber man hat ihm dort immerhin nichts getan. Manchem anderen Arbeiter ist es schon anders gegangen. Und so ging Sausner nach Hause, traf zwei Bekannte, zwei Arbeiter, mit denen er einen kleinen Schwatz über die schlechten Zeiten machte.

Als sie noch so dastanden und sich unterhielten, sahen sie in der Nähe des Transformatorhauses eine Nazi-Klebekolonne eifrig an der Arbeit. Da aber alle drei friedlich veranlagt waren und sich prinzipiell nicht in andere Angelegenheiten mischen wollten, kümmerten sie sich nicht weiter darum. Als man sich ausgeplaudert hatte, ging man auseinander.

Sausner mußte eines dringenden Bedürfnisses wegen zuvor auf ein verschwiegenes Oertchen, wo er sich mit Andacht niederließ.

Plötzlich hörte er Stimmengewirr und die schnarrende Kommandostimme des ihm bekannten SA-Mannes Werner Schweinbach. Er vernimmt die Worte:

„Rein, hier ist ja der Sausner!“ Und mit dem Rufe „Haut ihn doch!“ wird die Tür des sonst so friedlichen Oertchens aufgerissen, sechs bis sieben Nazis stehen davor mit Gummiknüppeln in der Hand.

Ehe sich Sausner noch besinnen konnte, wurde er von den Helden des dritten Reiches fürchterlich verprügelt.

Da Sausner, wie gesagt, den Schweinbach kannte, ging er hin und erstattete Anzeige. Das Schnellschöffengericht (warum eigentlich schnell?) verhandelte jetzt im Oktober diesen schon beinahe nicht mehr wahren Vorfall. Der Staatsanwalt bestrafte natürlich die Mindeststrafe. Zwei Monate Gefängnis, meint er, reichen aus.

Nazis stehen ja vor der Frau Justitia, die darob in Milde erstrahlt. Das Gericht verurteilt die Nazihelden zu 100 Mark Geldstrafe.

Ein Urteil, das für die Arbeiterschaft aufreizend wirken kann, für die Nazis nur anreizend, in alter wohlbekannter Weise so fortzufahren. Pieter.

Liegnitzer Rundschau

(Sonderbericht der SAZ)

„Der Wahlkampf dürfte diesmal in ruhigeren Bahnen vor sich gehen, denn alle Parteien sind recht leer.“ So schrieb in einer Wahlbetrachtung die größte hiesige bürgerliche Zeitung. Also auch bei den bürgerlichen Parteien kann man nicht mehr so mit dem Daumen wackeln, wie man gern möchte. Während in früheren Wahlkämpfen die Flächen der Plakatsäulen restlos vermietet wurden, ist oft Abweisung erfolgt, ist diesmal noch genug Platz vorhanden. Die Anzeigenreklame ist ebenfalls geringer, auch die Zahl der Wahlversammlungen. Die Nazis schreiben zwar noch genügend, aber ihre Konjunktur scheint merklich abgeflaut zu sein. Die Eintrittspreise ihrer Versammlungen sind ordentlich „abgebaut“ worden, selbst zur Versammlung mit dem „Erneuerer Berlins“, dem kleinen Göbbels. Den Herrschaften von der Deutschen Volkspartei genügen als Versammlungsraum für ihre Wahlversammlung die Gesellschaftszimmer der Gorkauer Bierhalle — mit ungefähr 150 Personen würde sie bombenvoll sein! Und zu dieser Versammlung sind zwei Redner angekündigt: Reichstagsabgeordneter Morath und Dr. Schimmelpfennig (Breslau). Unser Oberbürgermeister hat vor längerer Zeit das Wrack, genannt Volkspartei, verlassen und ist zu den Deutschen übergegangen.

Eine Wahlanzeige in einer bürgerlichen Zeitung sei wiedergegeben:

„Wollt ihr nicht länger stempeln geh'n wollt ihr Arbeit und Brot, müßt ihr zu Otto Hörsing geh'n, er hilft euch aus der Not.“

•Otto Hörsing — der Spitzenkandidat der Sozial-Republikanischen Partei Deutschlands (Hörsing-Bewegung für Arbeitsbeschaffung) Liste 17.“

Eine ehemalige Größe der SPD — Kommentar überflüssig!

Die Kuttner-Kundgebung der Eisernen Front war recht mäßig besucht. Mit recht üblen Methoden sucht man Wahlgelder zu schnorren. Zum Beispiel soll jeder dem Ar-

beiter-Sportkartell angeschlossene Verein dem Wahlloos der Eisernen Front (lies SPD) 3 Reichsmark abliefern. Dieses Ansinnen müssen unsere Parteigenossen, von denen eine ganze Reihe aktiv in der Arbeitersportbewegung stehen, ganz energisch zurückweisen!

Wie im übrigen die Genossen in den Arbeiterunternehmungen zur Wahlarbeit gezwungen werden (wir wollen es ruhig aussprechen: durch wirtschaftlichen Druck), werden wir gelegentlich einmal unter die Lupe nehmen müssen.

In der hiesigen KPD fand eine „Säuberungsaktion“ statt. Etwa zehn Genossen wurden teils wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten, teils wegen mangelhafter Arbeit und Bereitwilligkeit (17) ausgeschlossen. Die Mitteilung hierüber in ihrem Ortsblättchen trieff von Redensarten über die Reinhaltung der Organisation und der Notwendigkeit der Entfernung „korrupter Elemente“.

Unsere lieben Spießbürger machen in „Gasschutz“ Oberleutnant Rogbachs Ekkehard-Spieltrupp hat sich umschaut in Ekkehard-Gasschutzlehrtrupp und mimte entsprechend einige Tage hier. Dazu Vorträge Liegnitzer Lokalgröße in allen möglichen Vereinen hierüber. Sie beweisen, wie „akut“ man in diesen Kreisen Kriegsmöglichkeiten ansieht. Wie vielen dieser Leutchen werden die Entschlichkeiten eines Gaskrieges, für den es bekanntlich keinen einwandfrei sicheren Schutz gibt, bei diesen Spielereien zum Bewußtsein kommen?

Dazu überstürzen sich die Fahnenweihen der Regimentsvereinigungen, die Kienföpfe rufen lautend die Erinnerung an die „unvergessliche frühere Soldatenzeit“ wach — 1914 kann bald Auferstehung feiern, die Beeinflussung und Vernebelung des Denkens der Masse macht gute Fortschritte!

Aber der Liegnitzer Bürger hat auch — einige Sorgen. Jahrelang hat die hiesige bürgerliche Presse und viele Organisationen nach Sparsamkeit, Reformen usw. in Reich und Staat geschrien. Jetzt, als sie erfolgte, ist es wieder nicht recht. Unter anderem soll die hiesige Oberpostdirektion aufgelöst werden. Daß die Stadt und die Geschäfts-

leute dadurch Einnahmen verlieren, wird man sich nach Sparsamkeit und Abbau schreienden Spießern klar. Also, auf zum Protest! Von der Not breiter Volksschichten wird auch wieder viel geredet und die Winterhilfe in neuer Auflage aufgezogen. Das Ergebnis dieser Sammelkassen müßte anders aussehen als im Vorjahr, um den tausenden Notleidenden merkbar zu helfen — Flickwerk, weiter nichts.

So müssen die Proleten selbst für den Winter vorsorgen. Auf den Feldern ist nichts mehr zu ernten, so geht es in den Stadtförst nach Brennmaterial. Aber auch da schreit der Spieß über Raubbau des Forstes, gemeinen Diebstahl und ruft nach dem Staatsgewalt. Also wurde eingegriffen. Mit Menschen, die der Staat erhalten muß, wird nicht viel hergemacht. Die Zugangsstraßen werden besetzt, das Holz, Werkzeuge, Sacke usw. weggenommen — der Gerechtigkeit ist Genüge getan.

Die Stadtrand siedlung soll erweitert werden. Das Flend am Rande der Stadt nimmt

Achtung! Wichtig!  
Distriktsführer  
Morgen, Mittwoch, alle Distrikts- und Sturmgruppen bis 12 Uhr im Büro abgeben.

sich besser aus, als mitten in der Stadt. Vergleiche Auswegsmitteln einer verfallenen Gesellschaftsordnung! Die einheitliche revolutionäre Bewegung der Arbeiterschaft wird nur durch ganze Arbeit die Zustände zu ändern und zu gestalten vermögen. Ein Appell hierzu ist der 6. November. Demonstriert euren Willen gegen die heutige Ordnung durch die Wahl der SAP, Liste 10!

Öffentl. Wahlversammlung  
der SAP, Ortsgruppe Liegnitz

Unsere Wahlversammlung im Wintergarten war gut besucht. Die Ausführungen des Genossen Eckstein wurden des öfteren durch lebhaften Beifall unterbrochen. Genosse Weißbrodt (KPD) sprach in der Aussprache in üblicher Art. Als er besonders den parlamentarischen Kampf der KPD betonte und auf die Anträge seiner Partei im kommenden Reichstag hinwies, brachte ihn stürmisches Gelächter aus dem Konzept. Wir müssen dabei sein, beim Arbeitsdienst, um schlimmeres zu verhüten, meine Genosse Franz Senft (SPD). Daß Severing von Genossen Eckstein kritisch betrachtet wurde, war ihm unfähig und fand er unerböhr. Schnappe (Revolutionäres Landvolk) trat für Zusammengehen der nationalen und sozialen Kräfte ein.

„Warum sollen wir  
Revolutionäre sein?“

Am Montag, den 31. Oktober, hatte die SPD eine Versammlung für Gemeindeglieder in der „Wratlawia“ anberufen. Kucki sollte laut Einladungszettel den Gemeindegliedern etwas über „schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen“ erzählen. Aber kein Wort war davon zu hören. Man hatte den Eindruck, er lese aus den letzten Nummern der „Volkswacht“ vor. Kucki wollte dem Beispiel Heilmanns folgen und einige goldene Worte prägen. Das gelang ihm, als er sagte: „Warum sollen wir Revolutionäre sein? Rosa Luxemburg war es ja auch nicht.“

In der Diskussion trat Genosse Schwarz dem Referenten entgegen. Und jetzt wurde es lebhaft, man versuchte, Schwarz niederzubrüllen. Genossen Schwarz war es ein Leichtes zu beweisen, daß die SPD jahrelang all das toleriert hat, was Kucki eben in seiner Rede bekämpft habe.

Der Diskussionsredner Swolinsky vom ZJA führte aus, daß der Lohnraub von der SPD toleriert werden mußte, weil sonst der Staat in Gefahr war, nicht die Beamten- und Angestellten-Gehälter auszahlen zu können.

Der Saal war nur zu drei Viertel gefüllt, aber die weggebliebenen Kollegen haben nichts versäumt.

Juno-Raucher sind treu,  
weil sie in dieser Cigarette stets ihre berechtigten Ansprüche auf Qualität, Frische und Format erfüllt sehen.  
Das ist höher zu bewerten als Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Slickereien, die  
JUNO  
ausschließen muß, um ihre anerkannte Güte zu wahren.  
So besteht eine Verbundenheit des Rauchers mit seiner Juno!  
6 STÜCK 20

# Eine Sumpflüte des Partei-Bürokratismus

Karl Erlinger bekleidete bei den Kommunisten die Stellung des Leiters der kommunistischen Genossenschafts-Abteilung. Später wurde er Geschäftsführer der von den Kommunisten beherrschten Konsumvereine Halle-Merseburg. Beide Wirtschaftskreise erbankrott. Jetzt ist Erlinger zu Hildesheim gegangen und hat dort bereits ein fettes Pöstchen in der Reichsleitung der Nazis, Abteilung Kleinhandel. (Eine bürgerliche Pressemeldung.)

Was ist schon weiter dabei? Wie oft sind Kommunisten zu den Nazis übergehoben. Und doch, dieser Fall Erlinger verdient über den provinziellen Rahmen von Mitteldeutschland hinaus Beachtung zu finden. Karl Erlinger war in der KPD kein Irrelevant. Er war vorübergehend Leiter der Genossenschafts-Abteilung der KPD, war im Kreise der heutigen KPD-Führung eine „Autorität im Genossenschaftswesen“ und wurde im Jahre 1930 zum Geschäftsführer des Merseburger Konsumvereins und des Allg. Konsumvereins Halle gemacht. Er hat nicht lange gedauert, bis er diese beiden Unternehmungen, die in jahrzehntelanger aufopferungsvoller Arbeit von den mitteldeutschen Proleten geschaffen wurden, völlig bankrott gewirtschaftet und unter dem Hammer des Auktionäters hatte. Erlinger gab bereits zu verschiedenen Zeiten Gestalten in der KPD. Als Finanzminister der Räterepublik in Bremen begann seine revolutionäre Laufbahn. 1920 wurde er Geschäftsführer im Konsumverein in Jena. Er entschied sich bei allen innerparteilichen Auseinandersetzungen nie prinzipiell, sondern immer für die private Zweckmäßigkeit, die gesicherte Position. 1925 schloß ihn die KPD aus, um ihn 1927 wieder aufzunehmen und ihm gleich die Bahn frei zu machen für die höchsten Posten. So wurde Karl Erlinger am 9. April 1930 glücklich wieder Geschäftsführer des Allg. Konsumvereins Halle.

Auf welche direkt verbrecherische Art Erlinger ein großes Arbeiterunternehmen zugrunde richtete darüber einige Tatsachen.

Der AKV Halle zählte 1930 insgesamt 22 416 Mitglieder. Rein zahlenmäßig betrachtet eine mächtige Organisation von Verbrauchern. Der Jahresumsatz betrug 7,5 Millionen Mark. Ein Beweis für die enge Verbundenheit der Mitgliedschaft mit ihrem Unternehmen. Eine wahrhaft kommunistische Leitung hätte hier die beste Gelegenheit gehabt, der reformistischen Krämernpolitik eine wirklich revolutionäre Genossenschaftspolitik gegenüberzustellen; denn diese kommunistische Geschäftsführung des Halleschen Konsumvereins besaß das fast uneingeschränkte Vertrauen der Mitglieder.

Aber dieser neue Geschäftsführer begann seine Tätigkeit so: In einer der ersten Aufsichtsratssitzungen forderte er für sich ein Monatsgehalt von 650 Mark. Von den Proleten wurde das abgelehnt, aber auszahlen ließ er sich dieses Gehalt trotz alledem. Später bewilligte er sich dann eigenmächtig 720 Mark. In der Zeit vom 10. April bis Anfang Oktober quittierte der Herr Geschäftsführer Spesen im Betrage von 3720 Mark. Ein Darlehen von 2016 Mark wurde von ihm nicht zurückgezahlt. In den Straßen von Halle sah man diesen Führer des „Roten Proviantamtes“ nie auf Schusters Rappen, sondern immer in einer himmelblauen Limousine. Seine beiden Kollegen, der zweite und dritte Geschäftsführer, hatten selbstverständlich auch ihren Wagen. Warum auch nicht, getankt wurde ja an der großen Benzinpumpe des AKV. „Die drei von der Tankstelle“, nannten die Belegschaftsmitglieder des Konsums ihre Geschäftsführer. Es war eine lustige Zeit für Karl Erlinger. Ihm machte es nichts, wenn er in einer einzigen Nacht in einem Weinkel für 84 Mark Weinkaffee und Gläser zertepperte. Er zahlte das mit einem einzigen Griff aus der Westentasche. In einem Weinkelbarrett zog er den kleinen Zigarettenboy aus, um in dessen Uniform den Clown zu spielen. Sein Kollege Geschäftsführer (Nr. 2) machte es nicht besser. Sinnlos betrunken setzte er das Auto vor den Leitungsmast. In der Polizeiwache mußte er seinen Rausch ausschlagen.

Das alles wäre ja kaum der Rede wert. Diese „Charaktere“ gibt es hüben und drüben. Für sie genügt nicht mehr der Skattisch, sie wollen, wie der Spieler sagt, das Leben genießen. Wenn es auch kein Mercedes ist, dann begnügt man sich mit dem Chevrolet, und am Abend sitzt man im Weinkelbarrett, das „Freie Wort“ oder „Thälmanns letzte Rede“ gibt man mit dem Paletot vorn bei der Garderobe ab. Aber ganz nebenher, neben diesem Privatleben des ersten Geschäftsführers vom AKV Halle ereigneten sich für die 22 000 Genossenschaftsmitglieder entscheidende Dinge. Wer auf die Rückvergütung wartete, um mit dem Geld Kartoffeln einzukellern, der erhielt die Antwort: „Rückvergütung gibt es in diesem Jahre nicht.“ Auch das konnte die Genossenschaftsmitglieder in ihrem Vertrauen zu Erlinger nicht erschüttern. Sie standen zu ihm, weil die Partei zu ihm stand. Nur wenige wurden mißtrauisch. Sie hoben ihre Spargelder ab. Und die Partei sprang ein. In ganz Deutschland erging an die Kommunisten die Aufforderung: „Spurt im Konsumverein Halle!“ Die kommunistischen Arbeiter hörten auf den Ruf ihrer Parteiführung. 150 000 Mark wurden in der Sparkasse des AKV neu eingezahlt. Arbeitervereine und Organisationen überwiesen ihre Gelder an den AKV. Die Spareinlagen erreichten eine Höhe von 1 065 590 Mark. Von diesem Geld hat kein Arbeiter und keine Arbeiterorganisation einen Pfennig wieder-gesehen.

Der Bankrott des AKV Halle kam um so schneller, da die GEG eine Hypothek kün-

digte. Für diese Herrschaften galt es, den Kommunisten eine auszuweichen. Was kümmerte es den SPD-Bürokraten, daß die Arbeiterpfennige verloren gingen? Und so warf man sich gegenseitig die Bälle zu, die Bürokraten diessits und jenseits im Arbeiterlager.

Karl Erlinger konnte schalten und walten wie es ihm gerade in den Sinn kam. Da war ein kleiner kommunistischer Konsumverein in Ansbach, der ein Guthaben von 330 000 Mk. in der Gemeindeparkasse angelegt hatte. „Heraus mit dem Geld zur Sanierung des AKV Halle!“ kommandierte Erlinger. Die Genossen weigerten sich, und die Bezirksleitung der KPD schickte die armen Kerle, die wenige Tage zuvor wegen einer Aufforderung zum Streik noch zwei Monate Gefängnis erhalten hatten, aus der Partei. „Regenaten, für die am Tage der Volksrevolution die Bühne bereits bestimmt sind“, schimpfte Erlinger. Diese aufrechten Kommunisten, die es ablehnten, sich zu einem Schurkenstreich mißbrauchen zu lassen. Man mag einwenden, daß es doch nur einiger mutiger Kerle bedurfte, die das Spiel dieses Burschen richtig durchschauten und die Courage hatten, aufzutreten. An solchen Kerlen fehlte es nicht. Da waren die Betriebsräte der Konsumgenossenschaft Paul Bowltzki und Hammer, alte erprobte Revolutionäre. Sie ließen sich in keiner Versammlung das Wort verbieten, aber dafür schlug man ihnen die Augen blau und Karl Erlinger ließ sie mit seinen Rollkommandos aus den Versammlungen hinausprügeln. Ein Arzt sagte dem schwer verletzten Genossen Hammer, daß nicht viel gefehlt habe und er sei ein Kind des Todes gewesen. Für Erlinger gab es kaum eine Schlechtigkeit, deren er nicht fähig war. Selbst in der Gläubigerversammlung während der Abwicklung des Bankrotts setzte er allen seinen Streichen noch die Krone auf. Bei der Wahl des Gläubigerausschusses ließ er den Vertreter der russischen Genossenschaften durchfallen und schob durch den Stahlhelmjäger Beil in den Ausschub. Es darf kein Zweifel bestehen, dieser

Erlinger wäre auch heute noch Mitglied der KPD, wenn man ihn nach dem Zusammenbruch des AKV Halle einen einträglichen Posten gegeben hätte. Er wurde erst ausgeschlossen, als er der neu gegründeten kommunistischen Genossenschaft eine Konkurrenzgesellschaft gegenüber stellte.

Viele, die heute lesen, daß Karl Erlinger zu den Nationalsozialisten übergegangen ist, werden sich die Frage vorlegen: In wessen Auftrage handelte dieser Mann? War er ein Agent? Es ist gewiß richtig, daß ein Beauftragter den AKV Halle nicht schneller ruinieren konnte als es Erlinger fertig brachte. Trotzdem war er kein Agent. Dieser Mann ist, wie viele, nur einer unter den wurzellosen Elementen der Parteibeamten, die durch keine innere Überzeugung geholt, weit ab von jeder Kontrolle durch die Mitgliedschaft, die Arbeiterbewegung zum Zweck ihrer persönlichen Bereicherung gewissenlos ausnutzen. Es ist schwer und erfordert einige Umsicht, eine revolutionäre Partei von diesen haltlosen Subjekten freizuhalten. Revolutionäre Kämpfe sind hier der sicherste Prüfstein für die Ergebenheit zur proletarischen Sache. Daß Karl Erlinger in der KPD verantwortungsvolle Posten bekleiden konnte, lag auch nicht daran, daß er durch eine Inzulange Kleinarbeit seine Treue unter Beweis gestellt hatte, sondern daran, daß ihn eine parteibeamtete Klique für die Bekleidung hoher Funktionen fähig hielt und ausersahen hatte. Die Tüchtigkeit dieses Mannes als Geschäftsführer eines Arbeiterunternehmens hätte für wenige Monate unter der breiten Kontrolle der Genossenschaftsmitglieder stehen müssen, und wir zweifeln nicht daran, daß dieser Mann in der Arbeiterbewegung erledigt gewesen wäre. So konnte er sein verbrecherisches Spiel bis zu Ende führen. Der Nationalsozialist Erlinger, mit dieser Vergangenheit, so wie er heute vor uns steht, ist deshalb undenkbar ohne die bürokratische Entartung der KPD. Nur auf diesem Boden können solche Sumpflüten Wurzel schlagen.

## Vorpommern im Wahlkampf

Stralsund, 31. Oktober.

Der Wahlkampf ist in vollem Gange. Eine Kundgebung jagt die andere. Aber die richtige Kampfstimmung will nicht aufkommen. Die SPD macht im ganzen Bezirk nur Kundgebungen, nur in Stralsund eröffnete sie mit einer Wahlversammlung. Hier redete der ZDA-Gauleiter Gottfurcht Berlin in Aufhäuserl. Sogar von Stralk wurde geschwätzt. Diese Parole glaubte natürlich niemand, denn die Arbeiterschaft kennt diese SPD-Phrasen zur Genüge. Diskussionsredner werden natürlich abgewürgt, wenn sie sich gegen Verleumdungen länger als zehn Minuten zur Wehr setzen.

Die KPD hat Pech gehabt. Zwei ihrer Funktionäre wurden als Einbrecher erwischt, als sie sich 1200 Rm. „besorgt“ hatten. Eine solche Handlung ist bestimmt kein revolutionärer Ausweg, er schädigt die ganze revolutionäre Arbeiterschaft.

Der sogenannte „Soziale Dienst“ der SPD und des ADGB, der hier unter der Firma „Verein für Jugend- und Volkswohlfahrt“ segelt, unterhält hier in der Umgebung ein Lager. Also eine Förderung des Freiwilligen Arbeitsdienstes muß auch hier festgestellt werden. Vor Tische las man es immer anders, aber man will ja nur „Einfluß“ auf die Jugendlichen behalten. Einen Lagerleiter hat man schon entlassen, weil er angeblich unfähig war. Die Umstellung soll wohl so allmählich vorgenommen werden. In Franzburg veranstaltet man sogar

**Unterhaltungs- und Werbeabende zum Besten des Freiwilligen Arbeitsdienstes.**

Hier spielt man Theater, um die Arbeiterschaft für diese reaktionären und arbeitserfindlichen Pläne noch mehr einzufangen zu können. Die Zeit wird bald kommen, wo die mißbrauchte Jugend einsehen wird, daß sie für ein Spiel eingefangen werden soll, welches sehr bittere Enttäuschungen hervorrufen wird. Erst drückt man der ahnungslosen Jugend den Spatein, dann das Gewehr in die Hand und am Ende dieser Entwicklung erscheint dann das Massengrab. Wir sagen dazu: Jugendliches Proletariat, wehre dich!

Im Baugewerksbund glaubte man auch für diese Pläne die nötige Reklameschindin zu müssen. Hier stand das Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst — Bürgersteuer — Reichstagswahlen“ zur Debatte. Unsere Genossen traten diesen Reklameplänen mit aller Entschiedenheit entgegen und brachten die grundsätzliche Auffassung zu diesen Fragen, wie sie von der revolutionär-sozialistisch-marxistisch eingestellten Arbeiterschaft vertreten werden, zum Vortrag. Sie fanden einmütige Zustimmung der Versammlung, da sie mit großer Spannung angehört wurden. Die Bauarbeiterschaft wird sich grundsätzlich zu den Tagesfragen umstellen müssen, wenn sie nicht den Weg in die Barbarei gehen will. Wir werden für diese Umstellung unsere ganze Kraft einsetzen müssen, wenn die Revolutionierung der Massen in schnellerem Tempo fortschreiten soll.

Für das Wochenende hat sich die SPD den „linken“ Künstler aus Berlin verschrieben, aber auch diese „Kanone“ langt nur für eine Kundgebung, in der hiesigen SPD treten die Gegenüber ebenfalls immer stärker hervor. Der Redakteur Dew, ein Vertreter des rechten Flügels, hat einen Mahnruf an die Mitgliedschaft veröffentlicht, in welchem er die Fortführung der Vorstandspolitik fordert. Dieser Mahnruf hat den Landtagsabgeordneten Kirchmann auf den Plan gerufen. Dieser Vertreter des sogenannten „linken Flügels“ fordert auf, andere Wege zu gehen. Was wird der Bezirks- bzw. Parteivorstand zu dieser öffentlichen Presseauseinandersetzung sagen? Wir werden im Interesse der Klärung für die Gesamtarbeiterschaft zu beiden Veröffentlichungen grundsätzlich Stellung nehmen müssen, wenn nicht eine neue Vernebelungstaktik einreißt soll.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes in der Preußenregierungsfrage, wie sie heute veröffentlicht ist, wird weitere Klärung in den Reihen der SPD-Genossen bringen, dessen können wir gewiß sein. Daher mit verstärkter Aktivität heran an die Aufklärungsarbeit, damit diese Illusionen schnell und gründlich zerstört werden! Ega.

## Aus dem Vogtland

### Niederhafslau

Warum werden die mit großer Mehrheit schon vor Jahresfrist gefaßten Beschlüsse des Gemeindeparkamentes vom Gemeinderat nicht durchgeführt? In unserem letzten Bericht von der Gemeindevorordnungsitzung hatten wir schon darauf hingewiesen, daß die schon vor mehr als einem Jahre neuerbaute Amalienstraße in Karl-Marx-Straße durch Beschluß des Gemeindeparkamentes umbenannt werden sollte. Bis heute ist dieser Beschluß noch nicht durchgeführt. Man muß deshalb zu der Ansicht gelangen, daß der Herr Bürgermeister die gefaßten Beschlüsse der Gemeindevorordneten gar nicht ernst nimmt. Wenn das wirklich so sein sollte, dann ist es nicht zu verstehen, daß eine so starke Arbeitermehrheit, wie wir sie in Niederhafslau im Gemeindeparkament zu verzeichnen haben, sich das bieten läßt. Man kann doch hier nicht mit der üblichen Redensart kommen, daß der Beschluß nicht durchgeführt werden konnte, weil kein Geld da sei. Wenn die SPD-Fraktion vielleicht nicht Anstoß nehmen wollte beim Herrn Bürgermeister Anf, als er noch Papiersoldat der SPD war, was natürlich ganz und gar nicht zu begreifen war, wo blieb dann aber die „revolutionäre“ KPD-Fraktion, welche doch sonst immer angibt, Vertreter proletarischer Interessen zu sein? Die wirklich sozialistisch denkende Arbeiterschaft von Niederhafslau erwartet, daß diese Frage in der nächsten Gemeindevorordnetenitzung erneut aufgeworfen wird.

Der Volksschor veranstaltet am Sonntag, den 30. Oktober, um 20 Uhr, im Volkshaus unter der Leitung seines Liedermeyers R. Scholl ein Werbekonzert. Geboten werden gemischte Chöre, Männerchöre, Frauenchöre und Kinderchöre. Das aufgestellte Programm ist als gut zu bezeichnen. Der Eintrittspreis ist außerst niedrig gehalten, er beträgt 30 Pfennige. Der Arbeiterschaft von Niederhafslau und Umgebung kann dieses Konzert nur empfohlen werden.

### Troun i. D.

KPD und SPD, unfähig auch nur etwas für die Aktivierung der gesamten Arbeiterklasse zu tun, versuchen sich in der Bekämpfung der SAP gegenseitig zu über-treffen. Wenn diesen Parteien sonst nichts gelang — an Gehässigkeit, Verleumdung und Anpöbelung der SAP und einzelner Genossen überbieten sie sich gegenseitig. Die Ortszeitung der KPD „Rote Post“ schrieb: „Der SAP-Betriebsratsvorsitzende Zenner duldet, daß den Spulerrinnen 20 Pfennig Stundenlohn gezahlt wird.“ Dabei vergassen sie in ihrem Stänkereifer oder wissen nicht, daß der tarifliche Lohn für diese Spulerrinnen 19 Pfennige beträgt. Sie versteigen sich dabei zu folgendem Blödsinn: „Proleten, auch hilft der Teufel nicht, geschweige denn die SAP. Ihr müßt euch selber helfen“ usw. Also, sie geben zu, daß die KPD nicht helfen kann. Ganz so sehen sie nämlich auch aus, denn die Verkommnisse in kommunistischen Unter-organisationen haben es gerade in letzter Zeit gezeigt wie sie sich selber helfen.

Die SPD, geführt von dem berüchtigten politischen Verwandlungskünstler Spreng-ger, macht Hintertreppenspolitik. Man verteilt an arme Leute einige Zentner Kartoffeln, vielleicht findet noch eine vorläufige Wehnachtsbescherung statt, und man hat den Boden für die kommende Stadtverordnetenwahl vorbereitet. So haben wir uns diese Sozialpolitiker immer vorgestellt. Von Haus zu Haus mit dem Klopferbeutel wie die Bettelmönche. Wie sie das mit ihrer Gesinnung in Einklang bringen wollen, das wissen, in diesem Falle bestimmt, die Götter. Denn wie kann man als freier Gewerkschaftler für freiwilligen Arbeitsdienst eintreten? Auf der einen Seite streift man nach Herstellung der alten tariflichen Rechte und menschenwürdiger Entlohnung und auf der anderen Seite hilft man, den letzten Rest von tariflichem Recht beseitigen, indem man sich für eine Entlohnung von 10 bis 12 Reichsmark wöchentlich einsetzt für Arbeiten, die einen ganz erheblichen Kleiderverschleiß voraussetzen. Daß die bürgerlichen Stadtvertreter in ihrer Gesamtheit auch für diese schandbare Arbeitsentlohnung eingetreten sind, beweist nur, nach welcher Seite hin die SPD die „Einheitsfront“ bereits geschlossen hat.

Fand da am Sonnabend, den 15. Oktober, das Fest der 300 Dornröschen statt. Der Ortsausschufsvorsitzende Sprenger hatte 300 Röschen bestellt, welche am 15. Oktober anlässlich des 25jährigen Bestehens des Ortsausschusses verkauft werden sollten. Wie erwartet, war diese Veranstaltung eine Pleite. Denn, wenn Sprenger ruft, flüchtet alles, sogar seine eigenen Arbeitskollegen. Ein Zeichen, daß das Reinlichkeitsgefühl unter den Arbeitern noch nicht vermißt wird. Die Arbeiterschaft fordert man zwei Tage vor der Veranstaltung zur Mitwirkung auf. Wenn doch eine gewisse Sorte von Sanges-genossen, zu denen auch der Einlader gehört, ihre Pflicht dahingehend erfüllen würden, daß der Gesangverein seinen finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann! Wir würden weitgehendstes Verständnis haben und Entgegenkommen zeigen, wenn es sich um Arbeitslose handeln würde. Auch hätten wir diese Sache nicht in die Öffentlichkeit gebracht, wenn nicht Sprenger, der Pflichtunbewußte, während der Feier eine Schimpfkanonade auf die Arbeiter-sänger losgelassen hätte. Es gibt viele Gründe, warum die Sänger an der Mitwirkung behindert waren; sie alle aufzuführen, verbietet uns der Raum. Wenn aber die „Pleuener Volkszeitung“ von Schluß-machen mit der Sabotiererei der Saper schreibt, so fällt diese Sabotiererei auf Sprenger und Genossen zurück; denn wer bewußt dem Verein, trotz mehrfacher Aufforderung, die Mittel entzieht, der sabo-tiert! Die Sänger aber kann man verstehen, wenn sie diese Sorte nicht ansingen.

### Wilkau

Die Nazis hatten für Montag zu einer Erwerbslosenversammlung nach dem Kaisersaal aufgerufen, in der der berühmte Schaller aus Zwickau sprechen sollte über das Thema: „Wie die NSDAP den Erwerbslosen helfen will“. Offensichtlich konnte er darüber nichts weiter sagen, was bei einem Vertreter einer kapitalistischen Schutztruppe auch verständlich ist. Die Tatsachen des nationalsozialistischen Arbeiterrats sind so hart und offensichtlich, daß selbst die SA-Proleten zu rebellieren beginnen, und es auch dem schwindelgeübtesten Nazireferenten nicht leicht fällt, vor hungrigen Arbeitslosen über die Rolle der NSDAP zu sprechen. Schaller ersetzte daher die Rede über Erwerbslosen-fragen durch eine wilde Hezge gegen SAP, KPD und SPD, worauf die anwesenden Arbeiter nach kurzer Zeit in erfreulicher Einmütigkeit begannen, durch den Gesang proletarischer Lieder die Demagogie des Redners etwas abzukürzen. Die wenigen Nazis verhielten sich ihrer Anzahl entsprechend zahn, und auch die Auf-lösung der Versammlung durch die Polizei vollzog sich ohne Zusammenstöße.

**Werbt Abonnenten!**

# Kirche im Anmarsch

## Vom Kampf des Proletariats gegen die Religion

Der Kampf des Proletariats um seine Befreiung aus kapitalistischer Unterdrückung und Knechtschaft erheischt auch von ihm die Lösung vom Druck himmlischer und irdischer Autoritäten und die Zerstörung der Nebel religiöser Tradition. Allein die Tatsache ist nicht wegzuleugnen, daß große Teile der Arbeiterklasse trotz der riesenhaften Fortschritte der wissenschaftlichen Forschung und trotz klarer Ergebnisse religionskritischer Untersuchungen noch immer in einem Netz religiöser Vorstellungen und Gefühle gefangen gehalten werden, die bei ihnen nicht nur geistige und seelische Unfreiheit erzeugen, sondern ihre lähmende Wirkung auch auf andere Bezirke des proletarischen Emanzipationskampfes übertragen. Es ist darum unerlässliche Pflicht jeder sich ihrer Verantwortung bewußten proletarischen Organisation und Presse, diesem Thema immer wieder ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Solche Vorsicht bedeutet keineswegs eine Abstumpfung des Kampfes gegen die kirchlichen und religiösen Bestrebungen, nicht falsche und feige Toleranz gegenüber diesen proletarischen Feinden, sondern im Gegenteil: klarere Erkenntnis über die Lage auf dem Kampffeld, bessere Ausrüstung für wirksame Auseinandersetzung und rücksichtslosen Angriff auf den Feind.

Eine gewisse Hoffnungslosigkeit und leise Resignation über die Aussichten solchen Kampfes scheint mir aus einem sonst sehr feinen Büchlein hervorzuklingen, das „Gottlosigkeit“ heißt und aus der Feder des gewiß manchem unserer Leser als Herausgeber der in Stuttgart erscheinenden, links eingestellten „Sonntagszeitung“ bekannten Verfassers Dr. Erich Schärer stammt. Der Autor steht, das klingt aus jeder Seite seiner Schrift heraus, mit warmem Herzen und reinem Willen auf der Seite der Arbeiterklasse, und gerade darum ist es für ihn so bedauerlich, daß sie sich aus den Schlingen und Fesseln des religiösen Aberglaubens nur in so langsamem Tempo freizumachen versteht; obwohl sie doch merken müßte, daß sie durch die Religion nur in die vorläufige Enge des alttestamentlichen Weltbildes gepreßt wird.

Schärer, der ehemals selber Pfarrer war und der als anständiger Mensch durch seinen Austritt aus der Kirche sich von den aus wissenschaftlicher Erkenntnis und kirchlichem Glauben resultierenden Gewissenskonflikten befreit hat, der auch in seiner Zeitung einen konsequenten Kampf für den Kirchenaustritt führt, spart durchaus nicht mit Vorhaltungen gegenüber seinen früheren Amtsbrüdern und sagt ihnen auf den Kopf zu: „Je gründlicher ein Pfarrer studiert hat, desto sicherer hat er seinen Glauben hingestudiert“ (Folgerungen und Rückschlüsse aus diesem rücksichtslosen Bekenntnis eines Mannes zu ziehen, der es wissen muß, seien für heute unseren Lesern selbst überlassen.)

So ehrlich Schärers Kampf gegen die Vergewaltigung der Vernunft durch die Religion und die Kirche sein mag und zweifellos auch ist, so tapfer mit naturwissenschaftlichen und religionskritischen Waffen er um sich haut, so unfruchtbar müssen doch alle seine Bemühungen solange bleiben, bis er nicht einsieht, daß dieser Teilkampf gegen die Religion eingegliedert werden muß in den allgemeinen Klassenkampf, den das Proletariat gegen den Kapitalismus überhaupt führt, und daß er in erster Linie gegen die sozialen Wurzeln der Religion sich zu richten hat. Auf dem Mangel an dieser Erkenntnis beruht das unbefriedigende Fazit, das der Verfasser allerdings zu ziehen sich scheut, und die Schwäche seiner Position.

### „Soziale Hilfe“ der Kirche

Denn die Religion und ihr mit ideellen wie materiellen Mitteln gleich gut ausgerüsteter irdischer Verwaltungsapparat, die Kirchen,

gehören zu den mächtigsten Waffen des Bürgertums, mit deren Hilfe es die ökonomische Ausbeutung, die soziale Ungleichheit, die politische Entrechtung und den sklavischen Gehorsam der breiten arbeitenden Schichten aufrecht erhält, mit dem Spiegelbild der himmlischen seine eigene Autorität stützt und den Ansturm der aufsteigenden Arbeiterklasse abwehrt. Wahr ist, daß diese Erkenntnis bei weitem noch nicht zum Allgemeinut aller Unterdrückten und Ausgebeuteten geworden ist. Aber ebenso richtig ist auch, daß eine auf proletarischer, d. h. marxistischer Grundlage kämpfende Freidenkerorganisation alles daran setzen müßte, um diesen Zusammenhängen nachzuspüren und sie vor dem Proletariat aufzudecken. Das ist aber nicht möglich auf dem Wege, der die atheistische Ideologie vom sozialen Milieu abstrahiert und sie in einen klassenlosen Raum verlegt, sondern nur dadurch, daß die atheistische Propaganda sich das Grundprinzip des Marxismus zu eigen macht:

„Das gesellschaftliche Sein bestimmt das gesellschaftliche Bewußtsein“

oder, anders ausgedrückt, daß die Verflochtenheit anerkannt, die zwischen den wirtschaftlichen Beziehungen als Basis und den ideologischen Beziehungen als Überbau besteht. Darum müssen auch ihre Formen wechseln und sich den jeweils veränderten ökonomisch-psychologischen Verhältnissen anpassen.

Die Kirche, als bürgerliche Institution die selbstverständliche und geschworene Feindin der marxistischen Theorie, versteht trotzdem am ehesten geschickt und erfolgreich die marxistische Praxis anzuwenden. Sie hat die alten Schreckvorstellungen, mit denen sie früher das Proletariat im Zaume hielt, fallen lassen und ihre Agitation der politischen Situation angepaßt; sie schreckt jetzt mit dem Verfall der „sittlichen Grundlagen der Gesellschaft“ (gemeint ist das Privateigentum, an dessen Erhaltung die Kirche begreiflicherweise lebhaft interessiert ist); oder nennt das Gleiche mit anderen Worten „Heiligkeit

des Volkstums“ oder „Ewigkeitswert der Kultur“ oder zur „Führerschaft berufenen „edle Rasse“. Sie sucht unentwegt nach neuzeitlichen Arbeitsmethoden; treibt Volkshochschulen und Jugendpsychologie, gründet Volkshochschulen und Jugendvereine, treibt Wohnungs- und Erwerbslosenfürsorge;

sie verlegt ihr Tätigkeitsgebiet von dem Bezirk des Glaubens auf das Gebiet der sozialen Hilfe.

### Kirche stößt vor

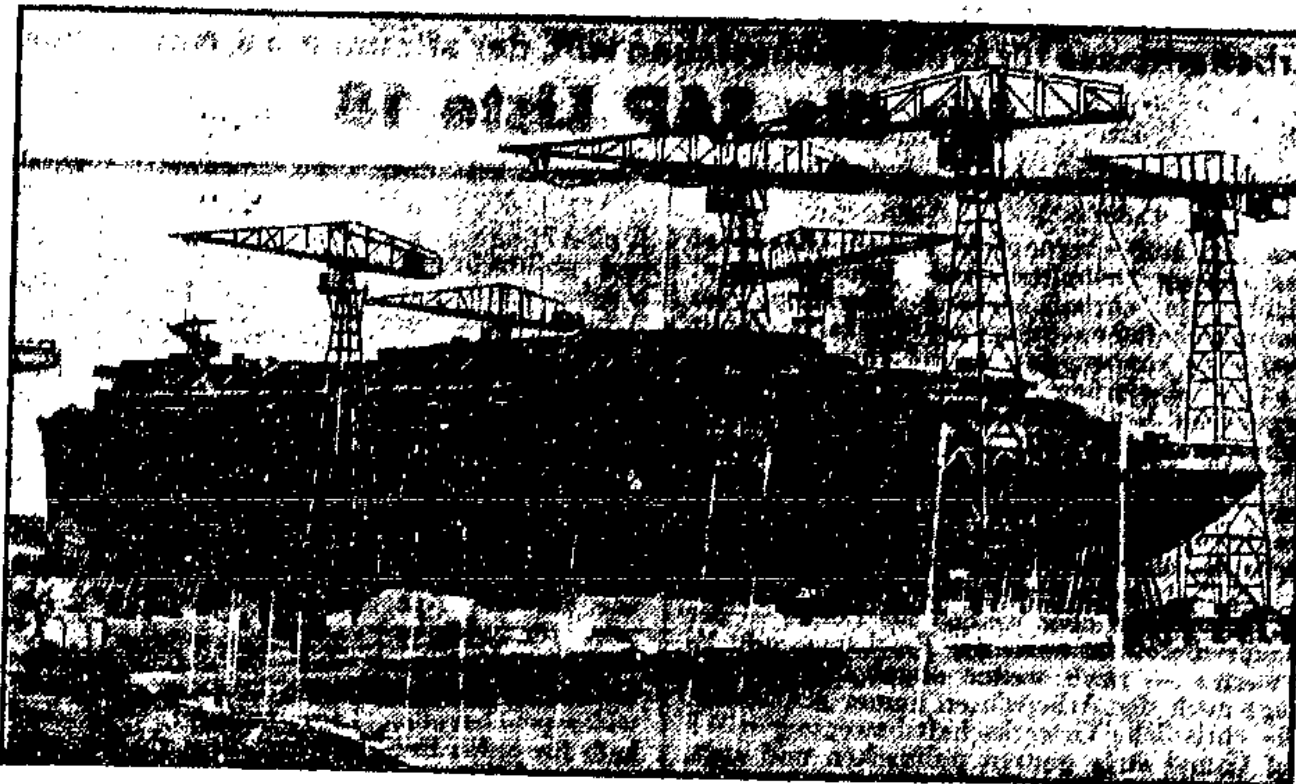
Ganz planmäßig und bewußt werden nach einer Bezeichnung des französischen Jesuitenpeters Lhane die „Bannmeilen“ der Großstädte, das sind die Proletariatsviertel, aufgesucht und mit kirchlichem Beistand bevorzugt; aus denen die „industrielle Reservearmee“ quillt und von den Schrecken der Krise gepreßt wird, die da heißen Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Massenelend und Krankheit.

Die katholische Kirche, seit Jahrhunderten mit allen Wassern geschickter Taktik gewöhnt, versteht diese marxistische Praxis noch weit besser wie ihre evangelische Schwester. Gemäß der gescheiten Parole des Papstes:

„Jesus Christus begann sein apostolisches Wirken mit den Werken zur Leiblichen Wohlfahrt, um sodann an die Seelen heranzukommen“

richtet sie in vielen Orten Kantinen für unentgeltliche Kinderspeiisungen ein. Nach einiger Zeit entstehen an diesen Stellen Kinderspielplätze, Nähstuben für Proletarierinnen, dann Wohlfahrtssekretariate. Die kritische Haltung der Arbeiter gegen die Kirche wird so eingelullt und schließlich eine Kirche gebaut, „in die nicht nur die dankbaren Mütter, sondern auch verschönte Arbeiter den Weg finden. Im roten Saint-Denis, wo einst ausschließlich Zivilbegünstigte zu verzeihen waren, macht heute die Zahl der Begünstigten ohne Pfarrer nicht mehr als 18 Prozent aus. In drei Jahren entstanden auf diese Weise in der „Bannmeile“ von Paris nicht

## Das größte Schiff der Welt vom Stapel gelaufen



Die „Normandie“ unmittelbar vor dem Stapellauf. Das gesamte Gerüst ist weggenommen, nur noch die Kranen ragen über den Schiffskoloss. In Saint Nazaire wurde der riesige französische Passagierdampfer „Normandie“ vom Stapel gelassen, der mit seinen 73 000 Tonnen das größte Schiff der Welt sein wird. Frankreich hofft, mit der „Normandie“ das Blaue Band des Ozeans zu erzwingen, das gegenwärtig die „Europa“ innehat.

## Unser neuer Roman

„Neue Erde, Roman einer Kommune“), mit dem wir in der übernächsten Nummer der „SAZ“ beginnen, stammt von dem, vielen deutschen Arbeitern bereits durch seinen Industrieroman „Zement“ bekannten russischen Schriftsteller F. Gladkow.

Wie in „Zement“ geht es Gladkow auch in diesem Roman der russischen Dorf-Umgestaltung darum, den Aufbau, das Neue, die vielen Schwierigkeiten und Probleme, die damit verbunden sind und sich zum ersten Male in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft ergeben, aber auch die christlichen und tapferen Lösungsversuche und Erfolge lebendige und lebenswahr festzuhalten. Gerade diese Lebenswahrheit und daß das ganze Buch volles Leben atmet, macht seine Größe und das Mitreisende aus. Der Verfasser erscheint wenn möglich selber noch tiefer und in noch größerer Reife mit dem Neuen in seiner russischen Heimat verwurzelt als zur Zeit seines ersten Romans. Doch ist das, was wir hier als noch größere Tiefe und Reife empfinden, zugleich auch die Entwicklung der Verhältnisse selbst. Das Sowjet-system hat sich weiter gefestigt; nicht nur beim industriellen Aufbau, sondern auch auf dem Dorfe, zumindest in bestimmten Gebieten, ist das Schwerste überwunden. Die Zeiten des schlimmsten Hungers, des Fehlens

der notwendigsten Geräte und Maschinen sind vorüber. Es gibt zwar noch Kulaken (frühere Großbauern, die auch jetzt noch mehr Land oder Vieh besitzen als die anderen, die es sich erneut angeeignet haben oder die heimliche Handels- und Wuchergeschäfte zu betreiben versuchen), denen es hin und wieder gelingt, die übrigen Einzelbauern und vor allem einen Teil der Frauen, die sich vom schlechten, aber ihnen zur Gewohnheit gewordenen Alten nicht lösen wollen, gegen die Kommune aufzuwiegen. Es gibt noch Popen (Pfaffen) und Aerzte, die sich gegen das Neue sperren. Aber im allgemeinen müssen auch die Bauern, die sich noch keiner Kommune angeschlossen haben, zugeben, daß die Kommune wirtschaftlich überlegen ist und daß die Menschen in der Kommune auf einer höheren Kulturstufe stehen als sie selbst.

Die Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus, die Erfolge und Freuden der „Kommunen“ (Kommunemitglieder) auf diesem Gebiet bilden in dem Roman „Neue Erde“ mehr den Rahmen, treten dabei aber auch anschaulich zutage. Im Mittelpunkt stehen psychologische Probleme, steht die Frage: Wie wandeln sich die Menschen selbst unter den Verhältnissen der Abschaffung des Privateigentums, der gemeinsamen Wirtschaft, des gemeinsamen Haushalts, der gemeinsamen Erziehung der Kinder, der Bewertung jedes einzelnen als Glied einer großen Familie; oder wandeln sie sich vielleicht überhaupt nicht; stößt das Kommuneleben vielleicht doch auf unlösbare Widersprüche, muß das Experiment scheitern, weil die Menschen im Grunde doch immer so bleiben, wie sie Gladkow selbst gibt keine 100prozentige Lösung, er verzichtet auf die Behauptung, daß

sie bestimmt gefunden wird. Aber das ganze Buch ist in der Befreiung, obwohl alle Menschen, die in der Kommune „Neue Erde“ zusammengeschweift sind, gerade auch in ihren Schwächen und ihren ganz verschiedenen — persönlichen Konflikten innerhalb des Kolchos (Ausdruck für die Kommune, in der ein völliges Zusammenleben, wie oben geschildert, organisiert wird) vor uns stehen.

Das Buch ist in der Ich-Form geschrieben, in der Form einer Selbstschilderung eines der Kommune-Mitglieder, und zwar einer Frau, der Kindergärtnerin der Kommune, Galja. Galja, unter dem Sowjetregime die Hochschule und Ausbildung als Kindergärtnerin genießend, kommt als 23-jährige in die bereits bestehende Kommune, die bei einem weit von der Zentrale abgelegenen Dorf von ehemaligen Bauern dieses Dorfes errichtet wurde. Sie und der Lehrer der Kommune, Procher, sind die einzigen Nicht-Bauern und unterscheiden sich als Intellektuelle von allen anderen dadurch, daß jene ganz mit ihrem Leben, mit all seinen Schwierigkeiten ausgefüllt sind, während sie zu gleicher Zeit auch Beobachter ihres eigenen Lebens und des Lebens der anderen bleiben wollen. Galja lebt sich innerhalb von zwei Jahren trotzdem immer fester mit den Uebrigen zusammen und ver wächst selbst vollständig mit der Kommune, während dem etwas skeptisch und zynisch veranlagten Lehrer immer etwas von einem Außenseiter anhaften bleibt. Doch muß auch er sich selbst dabei ertappen und sich von den anderen beweisen lassen, daß es mit seiner Außenseiterschaft gar nicht so weit her ist, sondern daß auch er sich aus dem Ganzen überhaupt nicht mehr lösen kann.

Wir erleben mit der Kindergärtnerin Galja mit, wie sie sich zunächst gegen die unerträgliche Form des Gemeinschaftslebens sträubt, die so weit geht, daß jeder bei dem anderen wie bei einem engen Familienangehörigen zu jeder Zeit ins Zimmer tritt ohne anzuklopfen, und die eigentlich nur die Bekleidung dem Einzelnen noch als Privateigentum läßt. Aber Galja wendet sich in dem täglichen Zusammenleben mit den anderen, bei denen das Kollektivbewußtsein (Gemeinschaftsbewußtsein) in den Jahren vorher schon tief ausgeprägt wurde, sehr schnell um. Sie wird zur glühenden Anklägerin, wenn in der Kommune gegen den Geist dieses Gemeinschaftslebens und gegen gemeinsam gefaßte Beschlüsse (Verbot des Alkoholgenusses u. a.) verstößen wird. Sie erzieht die Kinder zu bewußten Kommunalen, wie die Mitglieder von Kommunen genannt werden. Sie richtet Mütter-Unterweisungsstunden ein, zu denen auch Bäuerinnen aus dem Dorfe eingeladen werden, sie gliedert sich mit ein in die Tätigkeit, die die Frauenorganisatorin der Kommune, Tschuschkina, leitet. Sie leitet Sport- und Gymnastikstunden und kommt hierdurch in enge Gemeinschaft mit den Jungkommunistinnen, den im Kommunistischen Jugendverband organisierten jüngeren Arbeitern und Arbeiterinnen der Kommune, und gliedert sich selber dort mit ein. Allmählich interessiert sie sich auch für die Wirtschaftsfragen der Kommune und wird schließlich neben ihrer eigentlichen Berufsarbeit auch noch die Sekretärin der Kommune, die dem Leiter in allen Fragen zur Hand geht und die gesamte Buchhaltung führt.

(Fortsetzung folgt.)

weniger als 45 Kirchen, 53 Jugendheime, 15 Armenapotheken, 5 Kindererwartungsstellen, 12 Säuglingsheime und viele andere Wohlfahrtsaktionen (Suppenanstalten, Kladderbüßen, Erholungsanstalten)“ (Nach Hartwig auf dem IV. Freidenkerkongress in Bodenbach.)

Der „marxistische“ Deutsche Freidenker-Verband aber kassiert in dieser für das deutsche Proletariat so äußerst gefährlichen Situation Beiträge ein und beruhigt seine von der faschistischen Gefahr aufgeschreckten Mitglieder mit der Versicherung, daß sie sich um ihre ewige Verbrennung keine Gedanken zu machen brauchen; denn ein kluger und umsichtiger Verbandsvorstand habe Vorsorge getroffen, daß die Verbandsgelder vor dem Zugriff der Faschisten sichergestellt seien.

Sollten vielleicht die proletarischen Mitglieder doch anderer Meinung sein über das, was ihr Verband in einer solchen gefährlichen Stunde wie der gegenwärtigen zu tun hätte? Wir wollen die Hoffnung noch nicht aufgeben.

Georg Steinfeld.

## Grubenbrand auf „Constantin der Große“

Bochum, 31. Oktober.

Auf der Schachtanlage III der Gewerkschaft „Constantin der Große“ entstand ein Grubenbrand. Die Brandschwaden sind bis zur Schachtanlage 6/7 vorgedrungen. 21 Bergleute mußten mit Vergiftungen ins Krankenhaus gebracht werden. Die Schachtanlage III ist seit langer Zeit stillgelegt und wird nur für die Einfahrt benutzt. Dagegen ist auf der Schachtanlage 6/7 die Förderung im Betrieb. Die Belegschaften der Schachtanlage 6/7 und 8/9 mußten heute feiern. Gegenwärtig ist man mit der Abwehr der Brandsäfte beschäftigt.

## Unwetter über Frankreich

Paris, 31. Oktober.

Seit zwei Tagen wird fast ganz Frankreich durch Sturm und Unwetter heimgesucht. Die Küstenschifffahrt ist stark beeinträchtigt. Mehrere Dampfer mußten in den Häfen Schutz suchen. Die Versorgung der Leuchtturmwächter ist nur mit großen Schwierigkeiten möglich. Der Hafen von La Rochelle mußte wegen Überfüllung gesperrt werden.



### Der sozialistische Arzt

Die Monatschrift des Vereins sozialistischer Aerzte (Berlin) Nr. 9/10 ist soeben erschienen. Sie bringt aufschlußreiche Artikel über Nationalsozialismus und Volksgesundheit“ (Referat von Dr. E. Simmel auf einer Berliner Kundgebung des Vereins sozialistischer Aerzte und der freien Gewerkschaften) und über „Probleme der Fürsorgeerziehung in Sowjet-

## Wählt nur Liste 18

rußland“, eine Auseinandersetzung mit dem „unpolitischen“ Deutschen Arzteblatt von Dr. G. Benjamin, einen Bericht über eine Tagung „Wirtschaftsnot und Volksgesundheit“, eine Rundschau aus den verschiedenen Ländern und Ortsgruppen sowie wertvolle Buchbesprechungen. Außerdem macht der Vorstand des Vereins sozialistischer Aerzte darauf aufmerksam, daß er — zunächst für Berlin und zusammen mit der Reichsaktion Gesundheitswesen des freigewerkschaftlichen Gesamtverbandes — Material zusammenstellt über „die Wirkung der Weltwirtschaftskrise auf die Volksgesundheit“.

# Die Christen in der Zwickmühle

Die Instanzen der christlichen Gewerkschaften befinden sich womöglich in einer noch mehr bedauerlichen Lage als die Führer der freien Gewerkschaften. Beide lehnen den einzigen Weg, der zu Erfolgen für die Arbeiter führen kann, nämlich den Weg des Kampfes ausschließlich für die Arbeiterinteressen und mit allen Mitteln und Konsequenzen, ab. Beide wollen Kapital und Arbeit verbinden und die Klassengegensätze durch Arbeitsgemeinschaft (so sagen die Christen) oder durch Wirtschaftsdemokratie (so sagen die ADGB-Führer) aus der Welt schaffen. Beide aber werden von der Gegenseite, von den Unternehmern und von der Papen-Regierung, immer brutaler ausgeschaltet und vor den Kopf gestossen. Der Druck auf die Arbeiter, die zu vertreten der Beruf der Gewerkschaftsführer ist, wird immer schlimmer und zynischer ausgeübt.

Die ADGB-Führer haben es insofern leichter wie ihre Kollegen der christlichen Fakultät, als sie sich in Theorie und Phrase als Antikapitalisten, als Sozialisten drapieren und daher eine Oppositionsstellung beziehen können. Die christliche Gewerkschaftsbewegung aber bejaht den Kapitalismus und ist ihrem Programm nach Gegner des Sozialismus und Marxismus. Zudem hat zumindest der ausschlaggebende Teil ihrer Führer gerade in der Zeit sehr eindeutig mit dem Nationalsozialismus geliebteigt, als dieser es für richtig hielt, seine pro-kapitalistische Denkweise, die Ablehnung von Streiks usw. in den Vordergrund seiner Agitation zu stellen. Und nun muß den Anhängern der christlichen Gewerkschaften, die in manchen Gebieten stark sind, die aber keineswegs jeden weiteren Lohnraub und Unterstützungsabzug in christlicher Demut schweigend hinzunehmen gedulden, klar gemacht werden, daß der Klassenkampfstandpunkt dennoch falsch und daß das kapitalistische System dennoch das einzige und beste ist.

Es nimmt daher nicht wunder, daß innerhalb der christlichen Gewerkschaften heute krasse Widersprüche nebeneinander bestehen. Die Arbeiter kämpfen Seite an Seite mit Freigewerkschaftern, RGO-Leuten und zur Zeit sogar mit Nazis gegen Lohnverschlechterungen. Einzelne Verbände mit Arbeitermitgliedern, die besonders schroff von der kapitalistischen Offensive betroffen wurden und daher auch besonders rebellisch sind, wie die Organisation der Bauarbeiter oder der Bergarbeiter, drängen vorwärts und ergehen sich in sehr scharfen Worten gegen die Unternehmer und gegen die Papen-Regierung. So findet sich z. B. die „Baugewerkschaft“, das Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter, nicht ohne weiteres mit dem Diktat der Friedenspflicht für die Gewerkschaften trotz Abbau der Löhne ab. Sie schreibt vielmehr, daß die Regierung sich täuschen wird, und daß die Arbeiter sich dennoch gegen jeden Lohnabbau zur Wehr setzen sollen. „Der Deutsche“ dagegen, das Organ der Gesamtleitung der christlichen Gewerkschaften, legte, als die Unternehmer ein Streikverbot der Regierung forderten und diese ihre Notverordnung prompt in diesem Sinne interpretierte, sofort Verwahrung dagegen ein, daß die christlichen Gewerkschaften überhaupt solche Streiks unterstützen hätten. „Der Deutsche“ warnte die Regierung nur deshalb, vor einem direkten Streikverbot, weil dadurch die Arbeiter noch mehr radikalisiert und dem Staat entfremdet würden!

Die ausschlaggebenden Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung sind ängstlich darauf bedacht, nur nicht in einen Topf mit den „marxistischen“, freien Gewerkschaften geworfen zu werden, zumal jetzt auch noch in dem von den Hirschen kommenden Erkelenz ein Propagandist für den Zusammenschluß aller Gewerkschaftsrichtungen und damit für die Verwischung des Unterschiedes zwischen christlichen und freien Gewerkschaften erstanden ist. Man führt den christlichen Arbeitern deshalb in sehr komplizierten Reden die weltanschaulichen Gegensätze vor Augen. Der Professor Brauer und der westdeutsche Führer der christlichen Gewerkschaften Kaiser legen auch jetzt besonderen Wert darauf zu betonen, daß die christlichen Gewerkschaften national sind. Besonders Brauer tritt, wo er nur Gelegenheit findet, für den (faschistischen) Ständestaat und für eine Umwandlung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu Korporationen wie in Italien ein. Auf der anderen Seite aber liest man im „Deutschen“ und in einzelnen Verbandsorganen auch Aufsätze und Reden christlicher Gewerkschaftsführer, die es ruhig hinnehmen, daß sie von Unternehmernseite mit den freien Gewerkschaften zusammen genannt werden und die sogar aktiv dagegen auftreten, daß das parlamentarische System und die Machtposition der SPD und der freien Gewerkschaften schuld an der ganzen heutigen Zerrüttung seien.

Diese Gewerkschaftsführer sehen, daß sie so Stellung nehmen, daß sie „gegen die Reaktion“ auftreten und bestimmte Forderungen aufstellen müssen, wenn sie nicht Sturm in den eigenen Reihen und ein Abbröckeln ihrer Mitglieder oder Uebergehen zu den freien Gewerkschaften erleben wollen. So wurde kürzlich in einer Kundgebung in Köln „gegen die Reaktion“ Stellung genommen; so stellte dieser Tage der Reichs-Arbeiterheirat des Zentrums, der zugleich einen Wahlauftrag „an das christliche Arbeitervolk“ erließ, auf einer Tagung in Münster eine Reihe allerdings sehr vorsichtig formulierter Forderungen auf: Arbeit den Arbeitslosen; gegen die überspitzte Agrar- und Kontingentierungs-Politik des Herrn v. Braun; generelle 40-stündige Arbeitswoche; Beseitigung der in der Notverordnung diktierten Lohnkürzung für die 30. bis 40. Arbeitsstunde; für Unabdingbarkeit der Tarifverträge; Milderung (I) der „unbarmherzigen“ Kürzungen in der Sozialversicherung und den Arbeitslosenunterstützungen und Selbstverwaltung der Ver-

sicherungsträger; Aufhebung der Bürger-schaftsteuer; Beseitigung der Arbeitslosen-hilfe; Rückersatzung zuziel gezahlter Lohn-steuer; Aufhebung der Umsatzsteuer-Erhöhung für Konsumvereine.

Während der katholische Teil der christlichen Gewerkschaftsführer bei angeblich politischer Neutralität der christlichen Verbände die Organisationen ganz offen für das Zentrum einspannt, hat der Führer des christlichen Landarbeiterverbandes, Franz Behrens, einen offenen Brief an die evangelischen Arbeiter gerichtet, in dem er für die Wahl der Liste des reaktionären christlich-sozialen Volksdienstes Propaganda macht.

Speziell die Kundgebung in Köln hat die schafmayerische „Berliner Börsenzeitung“ auf den Plan gerufen. Sie ist empört über den Vorwurf der Reaktion seitens der christlichen Gewerkschaften und versucht in demagogischer Weise an dem Beispiel der Lohnpolitik darzutun, daß nicht diejenigen reaktionär seien, die heute Lohnabbau fordern, sondern diejenigen, die jahrelang eine „staatliche Lohnpolitik“ getrieben und gebilligt hätten. Das sei das Unglück gewesen,

Die freien Gewerkschaften hätten die größten Chancen, um so klarer und eindeutiger als die einzige bereifene Wirtschaftsvorstellung der Arbeiterklasse aufzutreten und an Mitgliedern und Schlagkraft zu gewinnen.

Dazu aber bedarf es auch bei ihnen einer völligen Kursänderung. Eine solche ist in den freien Gewerkschaften im Gegensatz zu den christlichen möglich, weil die Mitglieder und Anhänger der freien Gewerkschaftsbewegung den Klassenkampf bejahen und die Beseitigung des kapitalistischen Systems wollen. Sie müssen aus den vielen Erfahrungen der Nachkriegszeit nur endlich den Schluß ziehen, daß sie wie die „Börsenzeitung“ es sagt, auf keine kapitalistische Regierung mehr bauen dürfen. Sie müssen vielmehr selbst für eine Regierung sich einsetzen und kämpfen, die auch auf der heute gegebenen Grundlage Lohnerböhrungen und Erweiterung der Sozialleistungen durchzusetzen entschlossen ist. Das kann nur eine Arbeiterregierung sein, die sich auf von den Arbeitern selbst geschaffene Machtorganisationen, auf Betriebs- und

## Sozialismus, wohin er blickte

Die „Sozialistische Aktion“, das Kernstück im gegenwärtigen Wahlkampf der SPD beweist zu mindesten, daß heute auch der rechte Flügel der SPD erkannt hat, daß der Sozialismus noch vor uns liegt und erst noch erkämpft werden muß. Solche Erkenntnis muß als Fortschritt vermerkt werden.

Es sind erst fünf Jahre her, da sahen die um Hilferding Sozialismus, wohin sie blickten. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Kiel hat Hilferding also gesprochen:

„Privatwirtschaftliche Führung des einzelnen Unternehmens hat aufgehört Privatsache zu sein. Die Gesellschaft hat begriffen, daß es ihr Interesse ist, die Produktivität möglichst zu steigern. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Gesellschaft erklärt: die Führung eines Unternehmens ist gesellschaftliche Angelegenheit! — Organisierter Kapitalismus aber heißt Ersatz des kapitalistischen Prinzips des freien Wettbewerbs durch das sozialistische Prinzip (!), die Planmäßigkeit durch gesellschaftliche Regelung.“

Heute, wo die sozialdemokratischen Führer mit einem wohlgezielten Fußtritt in eine unfreiwillige Oppositionsstellung gedrängt sind, reden sie vom Kampf um den Sozialismus. Wenn sie aber morgen wieder mitregieren dürften, würde irgend ein anderer Hilferding auch neue den bereits verwirklichten Sozialismus entdecken.

Kein denkender Arbeiter kann solchen Schaumschlägern am 6. Nov. seine Stimme geben. Wer den Sozialismus und den Kampf der ganzen Arbeiterklasse für seine Durchsetzung will, der stimmt am 6. November

### für die SAP Liste 18

und „Tarifauflockerung“ (d. h. Lohnabbau) sei das einzige Heilmittel. Die „Börsenzeitung“ glaubt die christliche und überhaupt die Gewerkschaftsbewegung am stärksten damit treffen zu können, daß sie die These aufstellt, keine Regierung käme unter den heute gegebenen Verhältnissen um weiteren Lohnabbau herum.

Die christlichen Gewerkschaften — und leider auch die freien Gewerkschaften — werden sich vermutlich wieder auf große Debatten über diese Behauptung der „Börsenzeitung“ einlassen und darüber, was reaktionär ist. Inzwischen aber werden die Löhne — der Hauptvorstoß ist nach der Reichstagswahl zu erwarten — noch weiter abgebaut, wird die Lage auch der Arbeitslosen immer schlimmer. Die christliche Gewerkschaftsbewegung muß auf Grund ihrer ganzen politischen und weltanschaulichen Grundlage in eine immer größere Zwickmühle gegenüber ihren Mitgliedern kommen.

Arbeiterräte, stützt. Wenn Lohnkampf und politischer Kampf so miteinander verbunden werden, dann ist der Ausweg für die Arbeiterklasse gegeben. Nur wenn eine revolutionäre Grundeinstellung sich in den freien Gewerkschaften durchsetzt, können sie auch den ganz unmittelbaren gegebenen gewerkschaftlichen Aufgaben, wie der Abwehr von Lohnverschlechterungen, gerecht werden und sich in der täglichen Praxis wirklich von den christlichen Organisationen unterscheiden. Daß dieser Unterschied heute sehr oft verwischt ist, ist für die freien Gewerkschaften wie für die Arbeiterklasse als Ganzes ein schwerer Schaden.

Die Feststellung, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung sich heute in einer sehr widerspruchsvollen Lage befindet, muß deshalb für jeden Freigewerkschafter ein Ansporn sein, um so intensiver an der Gesundung und Revolutionierung seiner Organisation mitzuarbeiten. — ch.

## Eine lehrreiche Betriebsratswahl

### Die RGO-Einheitsfront mit den Nazis stärkt die NSBO-Listen

Auf der Schachtanlage „Westfalen“ in Ahlen fanden vor wenigen Tagen Betriebsratswahlen statt. Die Zahl der wahlberechtigten Belegschaftsmitglieder war gegenüber 1931 inzwischen von 2121 auf 1767 zurückgegangen. Das Ergebnis der Wahl ist folgendes:

	1932	1931	Mandate
RGO (revolutionäre Einheitsliste)	809	1094	6
BAV (freigewerksch.)	322	306	u. 1 Ersatzmann
Christen	331	413	2
Nezi	134	73	1 Ersatzmann

Die Gesamtbelegschaftsziffer hat sich um 354 Mitglieder verringert. Prozentual ist der Verlust der RGO am stärksten, sie hat 285 Stimmen verloren. Wesentlicher noch als dieser Verlust ist der verhältnismäßig starke Stimmenzuwachs der Nationalsozialisten, denen es fast gelang, ihre Stimmenzahl zu verdoppeln. Es ist hier den Nazis das erste Mal gelungen, einen wirklichen Einbruch auf eine der Ruhrzechen zu machen. Dabei ist zunächst gar nicht entscheidend, daß sie dieses Mal noch kein Betriebsratsmandat eroberten. Ein derartiger Einbruch der Faschisten muß zu ernsthaften Ueberlegungen Anlaß geben. Die kommunistische Presse versucht zwar, die angeblichen Fehlerquellen

dieses Nazivormarsches aufzudecken, indem sie folgendes feststellt:

„Ebenfalls wurden bei der Durchführung der Betriebsratswahl eine Reihe grober Fehler gemacht. Mit nicht genügender Schärfe wurde der Kampf geführt gegen die Naziliste. Durch die Tatsache, daß einige Naziproleten im Einheitsausschuß tätig waren, ließen sich die Kameraden des EVBD (Kommunistische Bergarbeitergewerkschaft D. R.) dazu verleiten, einen nicht genügenden Kampf gegen die Nazizelle zu führen.“

Was hier gesagt wird, ist nur die halbe Wahrheit. Auf der Schachtanlage „Westfalen“ sahen die Kommunisten ihre ganz besondere Aufgabe in der Heranziehung der Nazis zu der von ihnen inszenierten Einheitsbewegung. Diese Politik mußte gewollt oder ungewollt die Illusion erzeugen, als seien die nationalsozialistischen Betriebszellenorganisationen im Kampf gegen das Unternehmertum ein wirklicher Kampffaktor im Sinne der Arbeiterschaft. Da diese Betriebszellenorganisation der Nazis umgekehrt aber nur Funktionsorgane des Unternehmertums sind, kann man mit ihnen selbstverständlich auch keine Einheitsfrontpolitik machen, ohne dabei gleichzeitig falsche Auf-

fassungen über die nationalsozialistische Bewegung zu nähren.

Die von der KPD geführte „Einheitsfrontpolitik“ mit den Nazis hat ihre innere Konsequenz, sie führt nicht zu einer ideologischen Eroberung der nationalsozialistischen Arbeiter, sondern, wie das Beispiel von der Zeche „Westfalen“ zeigt, zur Stützung der Nazis. Die Kommunisten tragen deshalb auch für den Stimmenzuwachs der Nazis auf „Westfalen“, neben den anderen objektiven Ursachen, die indirekte Verantwortung.

Als vor wenigen Wochen in Essen eine Schachtdelegiertenkonferenz für das Ruhrgebiet tagte, stellte die Delegation der Zeche „Westfalen“ mit besonderer Genauigkeit ihren „nationalsozialistischen Kumpel“ heraus. Dem Manne wurde zugejubelt, obgleich er nicht seinen Aus-

### Parole für den 6. November

lautet für alle denkenden Revolutionäre, die sich über die Lage innerhalb der Arbeiterbewegung im klaren sind:  
**Gegen den Strom schwimmen  
Und für Liste 18 stimmen!**

tritt aus der NSDAP erklärte. Wenn die KPD-Presse ihren Anhängern den Vorwurf macht, daß sie „mit nicht genügender Schärfe“ den Kampf gegen die Naziliste geführt hätten, so fällt dieser Vorwurf auf sie selbst zurück. Es gibt in der KPD-Presse kaum einen Kongreßbericht, in dem nicht das Auftreten eines Nationalsozialisten besonders registriert wird.

Die unsinnige „Einheitsfrontpolitik“ mit den Nazis verhindert andererseits nur das Zustandekommen einer wirklichen proletarischen Einheitsfront und richtet fast unüberwindliche Gegensätze zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern auf.

Die Lehre der Betriebsratswahlen auf der Schachtanlage „Westfalen“ muß darin bestehen, mit der falschen und verderblichen Einheitsfrontpolitik mit den Nazis Schluss zu machen.

### Der Massen hunger in Zahlen

Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter hat in den Textillbezirken Rheinland, Schlesien, Sachsen, Bayern und Württemberg Erhebungen über die verdienten Löhne und die Lebensverhältnisse (Miete, Familienstärke usw.) veranstaltet und dabei folgende himmelschreiende Feststellungen gemacht:

Personenzahl im Haushalt	Gesamt-einkommen der Familie pro Woche	Miete oder Wohnkosten pro Woche	Es verbleibt für Lebensbedürfnisse pro Woche insgesamt
4	8,10	8,50	—
3	9,—	8,—	1,—
5	11,50	8,70	2,80
4	9,—	4,50	4,50
8	13,50	2,50	11,—
3	9,—	4,50	4,50
3	12,15	7,—	5,15
11	25,—	4,60	20,40
4	13,75	6,20	7,55
5	20,20	9,72	10,62
5	15,60	5,—	10,60
4	12,60	4,16	8,44
2	6,—	1,10	4,90
4	14,—	4,10	9,90
3	10,80	3,23	7,57
6	18,60	3,30	15,30
4	13,80	4,47	9,33

„Der Deutsche“, dem wir diese Ziffern entnehmen, schreibt dazu:

„Die Zahlen zeigen ein Maß von Elend, das kaum noch zu übertreffen ist. Der Winter steht vor der Tür. Die Arbeiterschaft erwartet durchgreifende Maßnahmen. Mit teilweisen geringen Aufbesserungen einiger Unterstützungssätze kann die große Not nicht beseitigt werden.“

Das ist richtig. Aber das christliche Blatt hütet sich, die einzig richtige Schlussfolgerung zu ziehen, nämlich: Kampf zum Sturz dieser kapitalistischen Gesellschaft, die ihre Arbeitssklaven so verhungern und verkommen läßt.

**Berlin**

**Rose-Theater**

Große Frankfurter Str. 132  
Telefon: B7 Weichsel 3422

Mittwoch, 2. November  
nachmittag **8.15** Uhr  
und abends **8.30** "

**Der Zigeunerbaron**

**Kleine Anzeigen**

in der SAZ sind  
**erfolgreich  
und billig!**

Verantwortlich: Paul Hennack, Breslau; Insetzte: Herbert Scholz, Breslau. Verlag: „Sozialistische Arbeiterzeitung“ Breslau, Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Gräpplerstraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I. Treppe, Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto Nr. 102 92. Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM. 2,10 und RM. 0,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM. 2,10 und RM. 0,35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM. 2,10 zuzüglich RM. 1,30 Porto monatlich. Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes. Expedition: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I. Treppe, Telefon 206 02.